

Ostland

Wochenschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentlich einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 150 Mk., Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr.
Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4 gepalteten Zeile 45 Pf.

Nr. 42.

Berlin, 19. Oktober 1934.

15. Jahrg.

Inhalt: G. 498: Das Erbe Barthous. — G. 494: Kometenflug in Rom. — G. 493: Grundfragen polenrussischer Politik in Polen. — G. 496: Ostland-Moche. — G. 499: Die ganze Weltung geht die nicht. — Schiffsliste Westafrikas. — G. 500: Aufbaubarbeit in Ostpreußen. — G. 501: Durettreiben gegen Danzig. — G. 502: „Eine sympathische Druckkraft“. — Die Studenten in Polen. — Russische Butter. — G. 503: Die Mittelwege des eheländischen Staatsverhältnisses. — G. 504: Wladet.

Das Erbe Barthous.

Der Mann ist tot, aber der Gedanke, von dem sein Handeln bestimmt war, lebt weiter. Auch der Nachfolger Barthou wird kein anderes Ziel kennen als dieses: Den Aufstieg Deutschlands zu hindern, um die Stärke Frankreichs zu sichern. Denn das die Stärke des Reiches gleichbedeutend ist mit dem Ende der französischen Macht über Europa, das ist ein Glaubenssatz, der alle französischen Staatsmänner, gleichgültig aus welchem parteipolitischen Lager sie kommen mögen, beherzigt, vor allem aber das Handeln der Staatsmänner leitet, die ihre politische Laufbahn begannen, als Frankreich nach dem verlorenen Kriege von 1871/72 vom Rhein hatte zurückweichen müssen. In den Grundzügen der französischen Außenpolitik wird das Marceller Testament keine wesentlichen Änderungen hervorbringen können. Die Einkreisung Deutschlands wird auch darüber hinaus bestehen bleiben. Daß er der erste und bisher einzige Pariser Staatsmann gewesen ist, der — es war 1931 — den Weg nach Berlin gefunden hat, kann an dieser Auffassung seiner Aufgabe nichts ändern. Dieser Versuch erfolgte zu einer Zeit, in der Frankreich zu der Annahme berechtigt sein konnte, das System der Einkreisung einem schwachen und wenig mitberlandswilligen Nachbarn gegenüber durch das andere System der direkten politisch-wirtschaftlichen Anbahnung ergänzen oder vielleicht ersetzen zu können. Das heutige Deutschland aber, das gewillt, zukunftsicher und selbstbewußt dazustehen, muß einem französischen Staatsmann wenig geeignet erscheinen, in eine direkte politische und wirtschaftliche Abhängigkeit hineinzugehen zu werden. Je geringer aber die Aussichten sind, auf diesem, seinerzeit einmal von Paval verlassenen Wege zum Ziel zu gelangen, um notwendiger muß sich ein französischer Staatsmann der alten Schule die Aufgabe aufdrängen, um Deutschland eine geschlossene Mauer verbündeter Mächte zu legen.

Die Wege, die heute, um zu diesem Ziel zu gelangen, beschritten werden müssen, sind anders, als noch im vorigen Jahre. Die Ara Barthou hat an zwei wichtigen Stellen einen bedeutungsvollen Wandel geschaffen. Es ist Barthou nicht gelungen, Polen wieder als unbedingt williges Glied in den Ring um Deutschland zu fügen. Er hat dafür Ersatz in Rußland gefunden. War hier das Einglied in eine frühere Weltordnung, so ist der Anstoß dazu, einen neuen Bundesgenossen in die drohende Bresche zu schieben, so war im Südosten umgekehrt der Versuch, einen bisherigen Außenfeind in das französische System einzuordnen, der Anstoß dafür, das im alten Ringe eine Bresche einzuordnen: Das Einbeziehen Rußlands ins französische Lager erregte in Südamerika ein lebhaftes Mißtrauen gegen den Wert der französischen Bundesgenossenschaft und schwächte das moralische Gefüge der Kleinen Entente. Barthou starb zu früh, um die Aufgabe, die sich jetzt stellt, zu Ende führen zu können. Er hat in seinem Nachfolger eine erst halbherzige Anwendung des französischen Einkreisungssystems hinterlassen. Auf der einen Seite sind Polen und Südamerika nicht mehr vollwertige Glieder in der Kette um Deutschland. Auf der anderen Seite ist die Einkreisung Rußlands und Italiens noch nicht so weit gediehen, daß der neue, erweiterte Ring als völlig gesichert gelten könnte.

Drei Möglichkeiten gibt es für Paval: Entweder werden Polen und Südamerika wieder, unter Zurückstellung der russischen und italienischen Beziehungen, die Barthou besonders geliebt hat, für das französische System reiflos gewonnen. Oder die Bindungen an Moskau und Rom werden, unter Verletzung der polnischen und südamerikanischen

Interessen, mit dem Ziel eines festen Bündnisses weiter gefördert. Oder aber — und das ist der mehrschienliche Weg: Paval wird versuchen, sowohl Polen wie Rußland und sowohl Südamerika wie Italien in einem alle umschließenden Ring um Deutschland zusammenzufassen. Denn die russische Bundesgenossenschaft ist für Frankreich erst dann von vollem Wert, wenn sich Polen ihr ohne Widerspruch anschließt. Und was Italien anlangt, so wäre dessen Bundesgenossenschaft durch den Verlust Südamerikas für Frankreich wohl zu teuer erkauft. Polen ist schon zu selbständig geworden, um sich bei der Gestaltung seiner Beziehungen zu Rußland noch die französische Vermittlung aufdrängen zu lassen. Immerhin darf eine Äußerung der offiziellen „Gazeta Polska“ nicht übersehen, die in geradezu programmatischer Form in einem Nachruf für Barthou den Wert des polnisch-französischen Bündnisses betont: „Wir fühlen den Verlust, den Frankreich erlitten hat, aufs innigste mit, nicht nur, weil ein Staatsmann des uns verbündeten Landes eines bitteren und ungerechten Todes starb, sondern weil es Louis Barthou ist, der starb — Barthou, dessen Ablicht und Arbeit für uns unzerbrechbar verbunden sind mit jenem Akt, der heute, wenn wir aus der Perspektive des nun abgelaufenen betrieblichen Lebens zurückzusehen, für das Schicksal Europas das vielleicht wichtigste Werk ist, an dem Barthou Anteil hatte: dem polnisch-französischen Bündnis.“

Südamerika ist nicht so aktionsfähig wie Polen. Seine außenpolitische Stellung, die in den letzten Monaten in unheimlichem Maße ein bewußtes Streben nach Selbständigkeit gegenüber Frankreich erkennen ließ, ist durch den Tod seines Königs empfindlich getroffen. Die innerpolitischen Gegensätze zwischen dem zentralistisch orientierten Serbischen Staatsvolk und den Kroaten scheinen sich nach dem Tode von Marjales, der die einseitige Kraft des königlichen Diktators befeigt hat, von neuem zu erheben. Die das Staatsgefüge auseinanderdringenden östlichen Kräfte scheinen jetzt wieder an die Oberfläche dringen zu wollen. Ein von inneren Spannungen geheimer Staat aber würde kaum in der Lage sein, sich dem französischen Wunsch nach einer vielleicht sofortigen Verständigung mit dem gefährlichen italienischen Nachbarn zu widersetzen. An sich ist die Ermordung des Königs auf französischem Boden, die durch die Nachlässigkeit des französischen Sicherheitsdienstes zum mindesten nicht erschwert worden ist, natürlich wenig geeignet, die freundschaftlichen Gefühle der Serben für Frankreich zu härken; und die italienischen öffentlichen Kundgebungen, mit denen die südländische Öffentlichkeit im ersten Augenblick auf den Königsmord reagierte, entsprechen dem ganz richtigen instinktiven Empfinden, daß der Staat, der vielleicht am ehesten — nicht menschlichen, sondern politischen — Anstoß haben könnte, ihn zu stillen über das nationale Unglück des serbischen Volkes zu freuen, Italien ist.

Im Rom wie in Paris wurden, um die Trauer um den ermordeten König nicht in eine nachlässige frankreichs- und italienfeindliche Stimmung umschlagen zu lassen, sofort die gebotenen Gegenmaßnahmen getroffen. Um den Makel des Mordes von Frankreich zu nehmen und um Italien von dem in Weigrad lautem gemordeten Verdacht einer zum mindesten moralischen Mitschuld zu säubern, begann die französische Presse sofort, nach den Anhaltspunkten der Marjaller Bluttat zu suchen. Was in den Pariser Blättern in diesen Tagen über die angebliche Verantwortlichkeit Unrums an der Ermordung des südländischen Königs gesagt worden ist, das ist weniger dem tatsächlichen Inhalte nach, als durch

Prof. Dr. Oberländer — Leiter des Bundes Deutscher Osten.

Nachdem der Bund Deutscher Osten einer Neuregelung in sich unterzogen ist, hat der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, den Leiter der Landesgruppe Ostpreußen des Bundes Deutscher Osten, Prof. Dr. Oberländer-Königsberg, gleichzeitig mit der Bundesleitung beauftragt. Der Bund Deutscher Osten besteht nunmehr aus den Landesverbänden des deutschen Ostens, d. h. den Landesgruppen Ostpreußen, Ostmark, Schlesien, Pommern, Sachsen, Bayerische Ost-

mark, und den ostdeutschen Heimatverbänden im übrigen Reich. Der Bund führt nunmehr den Namen: Bund Deutscher Osten (Reichsbund ostdeutscher Heimatverbände).

Mit Prof. Oberländer hat ein Mann die Leitung des Bundes übernommen, der seit Jahren in der vordersten Front der Arbeit steht und als ein vielseitiger Kenner des Ostens in der Bevölkerung geschätzt wie auch in der wissenschaftlichen Welt anerkannt ist.

die politische Absicht, mit der es gelangt worden ist, interessant. Von Italien sollte im Interesse der französischen Ausnahmspläne der Verzicht auf allen Umständen abgewandt werden. Dagegen kam es der Pariser Presse durchaus gelegen, gewisse Anhaltspunkte vorzulegen zu können, die ihr geeignet erschienen, Ungarn wenn auch nicht mit der Axt und mit der Mitterleihaft an der Lat, so doch mit der passiven Förderung der kroatischen Emigration und somit mit der moralischen Mithuld am Nord zu belassen. Daß die kroatische Emigration an dem starken und aggressiven Italien einen aktiveren Rückhalt als an dem kleinen, umgürtelten Ungarn gehabt hat und daß die Wormürfe, die gegen Budapest in diesem Zusammenhange erhoben werden, notwendigerweise auch auf den italienischen Protektor der magyarischen Kolonisationspläne zurückfallen müssen, wurde in dieser französischen Pressenkampagne gegen Ungarn mehrmals nachdrücklich geäußert. Gelegentlich der französischen Presse, die sich gegen Ungarn erhebenden „Verdachtsmomente“ insofern, als die Serben wieder einmal auf den gefährlichen Reaktionsismus der Magyaren“ aufmerksam gemacht werden konnten, und dadurch die Klüft zwischen Budapest und Belgrad wieder vertieft werden konnte. Jede Verhärzung des ungarisch-südslawischen Gegensatzes aber dient der Festigung der

kleinen Entente, auf der die Stärke des französischen Einflusses im Südosten beruht. Bezeichnenderweise ließ sich ja auch die tschechische Presse die Gelegenheit nicht entgehen, einen neuen Beschluß gegen das auf seinen bilateralen Rechten in der Slowakei beruhende Ungarn in die Wege zu leiten und Südslawien, das seit langem schon ein schmerzlicher Partner im Kleinen Verbanne war, an dessen Unentbehrlichkeit gegenüber der von Ungarn her „drohenden Reaktionsgefahr“ zu erinnern. Am schließlichen hat auch C. Iuliescu, der dem Attentat von Marcelline seine rasche Wiederernennung zum rumänischen Außenminister verdankt, seinen Vorstoß in derselben Richtung gemacht: Er hat als der derzeitige Vorsitzende des Rates der Kleinen Entente den Rat für den 19. Oktober zu einer Sitzung nach Belgrad zusammengerufen. Am Grabe des Königs soll versucht werden, was bisher nicht gelang, die Kleine Entente von neuem zu einem festeren Kampfbündnis unter französischer Führung zusammenzufassen. Die Freunde Frankreichs in Prag und Bukarest wollen in Belgrad das Schien bilden, solange es heiß ist. Sie hoffen, daß dem toten Barthou gelingen werde, was der Lebende nicht mehr zu vollenden vermochte und vielleicht auch nie erreicht haben würde. Dr. Kredel.

Memeldeutschtum im Kampf.

Die Rechtschwerfkräftigen der Signatarmächte sind bereits seit einiger Zeit damit beschäftigt, die internationalen Beschwörer des Memeldeutschtums, die über die Verhältnisse in der Memelgegend zu prüfen. Der Regierung in Rauen ist es zwar peinlich, daß sich nunmehr auch die Öffentlichkeit anderer Länder mit dem litauischen Vorgehen gegen das Memeldeutschtum befaßt, und sie hat ihrer schlechten Proune durch geistliche Falschmeldungen über den Verfasser der Beschwörerchrift Luft gemacht. Im übrigen aber läßt sie sich durch die Tatsache, daß sich die englischen, französischen und italienischen Sachverständigen gegenwärtig mit dieser Frage befassen, in der Fortsetzung ihrer Memelpolitik nicht beirren. Sie scheint vor dem Rechtsinn der Weltmächte keine allzu große Achtung zu haben und ist darauf zu verzichten, daß ein Einbruch dieser Mächte, falls er wirklich erfolgen sollte, schließlich wohl doch nur auf dem Papier stehen wird.

Der Kriegskommandant hatte vor kurzem das Abhören deutscher Rundfunksendungen unter Strafe gestellt. Die Anordnung scheint nicht den erhofften Erfolg zu haben. Denn jetzt sind die Litauer noch zu anderen Maßnahmen übergegangen, um jede Unterbringung der Memelbevölkerung vom Reich her zu verhindern. Die Sendungen des Königsberger Senders werden seit einiger Zeit litauischerseits so stark zensuriert, daß ein verständlicher Empfang nicht nur im Memelgebiet selbst und in Litauen, sondern auch in großen Teilen Ostpreußens nahezu unmöglich ist. Die Reichsverbände des Königsberg hat durch Kreuzpostung festgestellt, daß die Störungsstelle beim Memeler Hafen liegt. Litauen hat sich also einer Verletzung der von allen zivilisierten Staaten anerkannten internationalen Rundfunkabmachungen schuldig gemacht. Nach ein weiterer Vorfall beachtet die geringe Vertrautheit der litauischen Gesamtheit in Memel mit den Gepflogenheiten der zivilisierten Nationen: Das persönliche Meldungen aus Memel und den ostpreussischen Grenzorten hat sich am 5. und 6. Oktober in den verschiedenen Dausen zwischen den Sendungen des Reichsenders Königsberg ein Sender eingeschaltet, der nach der Anknüpfung „Hilf Reichslander Königsberger“ etwa 20 Namen deutscher Memelbürger bekanntgab. Die angeblich Spitzelberichte für die Litauer in Memel ausführen und deutsche Männer an die Litauer denunzieren. Es hat sich bei einer Nachprüfung dieser Liste ergeben, daß sich unter den aufgeführten Namen eine Reihe deutscher Memelbürger befinden, die von den Litauern drangaliert werden und denen auf keinen Fall eine derartige Tat zumutet ist. Der Zweck dieser Sendung eines litauischen Schwarzsenders ist der, in die Reihen der deutschen Memelbürger Misträuen zu säen und die deutsche Abwehrfront im Memelgebiet zu zerschlagen. Unberührt ist bei dieser Vorgehen vor allem die Tatsache, daß der litauische Schwarzsender sich der Anknüpfung eines deutschen Reichsenders bedient.

Ebenso wie die litauische Eisenbahnvermehrung hat jetzt auch die litauische Postverwaltung im Memelgebiet unter

Verletzung des Autonomiestatus die deutschen Aufschriften in den Postämtern, Agenturen und Postfilialstellen durch litauische ersetzt. Sämtliche Formulare, die von neuem zur Anwendung kommen, sind neubearbeitet nur in litauischer Sprache abgedruckt. Die litauische Postverwaltung hat angeordnet, daß alle Postsendungen mit deutschen Aufschriften dem Absender zurückzugeben sind. Deutsch ausgesetzte Einschreibebriefe und Geldsendungen werden nicht mehr angenommen. Die deutschen memelländischen Zeitungen werden durch fortgesetzte Eingriffe der litauischen Beamten, die sich wie die Siliwaue aus schon in der Postverwaltung festgesetzt haben, aufs Schwerste gefährdet. Eine von diesen litauischen Hilfskräften, der Vorsteher der Zeitungsstelle des Memeler Postamtes, reißt deren Band und veranlaßt die Briefträger, die ihnen ausgebenen Briefschaften auf memelländische Zeitungen zu unterlagern. Häufig werden etwa 100 Posten dieser deutschen Zeitungen von den litauischen „Beamten“, die ihre Erziehung mit dem Kojakankonsult nicht abzuwehren können, einfach vernichtet, anstatt den Abonnenten zugestellt. Den Besiehern werden dann als „Ersatz“ litauische Zeitungen geliefert. Beschwören werden unberücksichtigt gelassen. Auf diese Weise hofft der saubere „Beamte“ von der Zeitungsstelle in Memel, die deutschen Zeitungen des Memelgebietes zugrunde zu richten und zugleich „Kulturpropaganda“ für Litauen machen zu können. Es gehört schon eine befremdliche geistige Verfassung dazu, um in einem beherrschten organisierten Diebstahl einen kulturpropagandistischen Saktor zu sehen. Eine besondere Mühe um großaufläufigen Stamm ist der Postagent in Damielen im Memelgebiet. Er kommt von jenseits der alten deutsch-russischen Grenze, ist wegen Urkundenfälschung im Postdienst mit über Jahren Gefängnis überbeholdet und daher besonders geeignet, großaufläufige Geflüchtlinge unter den „germanischen Barbaren“ des Memelgebietes zu verbreiten. In seinem Bezirk erhalten die Besieger memelländischer Zeitungen nur hin und wieder einmal die von ihnen bestellten und bezahlten Blätter zugestellt.

Der halbamtliche „Lituanos Nidas“ veröffentlichte am 19. September einen längeren Artikel über die Litauer, die es in Ostpreußen angeblich geben soll. In dem Artikel nimmt es von Verdächtigungen und Beschimpfungen Deutschlands; aber das Wort ist nicht in der Lage, auch nur einen einzigen Fall anzuführen, auf den die gegen Deutschland erhobenen Wormürfe etwa zutreffen könnten. Was in dem Artikel behauptet wird, hat sich der Skribent von Anfang bis zu Ende aus den Sängern gelogen. Er hat eine Masse allgemeiner Redensarten aneinandergerichtet. Er ist der Cupides Pulkügners, wie er das öffentliche Leben Litauens heute allenthalben beherrscht. Der Artikel beginnt mit folgenden Worten: „Wenn in Litauen die Litauer die Ostpreußen eine streifen Regime in ihren Händen, außer denen, die bei diesem Regime das Organ der Litauer, der Naujas Elpas Relevis“ bringen kann, so darf man

doch nicht etwa glauben, daß dort in 'Preußisch-Eliten alle in Ordnung ist.' Auch diesem 'vielerprechenden' Anfang erwartet man nun, daß der Mann aus Kauen mit einer Liste konkreter Fälle aufwarten werde. Nicht die Spur eines solchen Verlaufs! Dafür aber reißt sich eine unbemerkte Debatte an die andere. Der 'Kaiserhof' sei daran Schuld, daß keine Klagen vorgebracht würden. Es ist allerdings fonderbar, daß diese 'Kaiserhöfe' noch nicht einmal ausgesprochen haben, kümmerlicher 'Preßerregnis', das unter dem Namen 'Kaiserliche Kasseleis' in Kliff erfindet, das Lebenslicht ausblasen. Die Erfahrung habe gezeigt, daß der Mann aus Kauen weiter, daß diejenigen, die eine Klage zu erheben wagten, 'noch mehr bedrückt und verfolgt würden'. Nun, die deutschen Behörden haben dem fonderbaren Heiligen, der mit mollem Haar und in ulkiger Aufmachung durch die Kliffsträßen zu wandeln pflegt, mit dem größten Vergnügen zum Besuch des Berner Rationalitäten-Kongresses verhoßen, damit dort, 'no sehr ernste Dinge behandelt wurden, auch die komische Kaze nicht febe.' Auf alle mögliche Weise bemüht sich der Mann aus Kauen um eine Erklärung für das Seelen

einer litauischen 'Bewegung in Ostpreußen. 'Jeder Schritt', jammert er, 'ist voller Dornen. Von litauischen Schulen kann keine Rede mehr sein.' Die Vereine liegen, da sie nicht Atem schöpfen können, in den letzten Zügen. Aus den Kirchen werden Plauer hinausgejagt, und auf ihre berechtigten Forderungen hört niemand. Durch böse Verdrehungen und durch Erregung bringt man, sie keine litauische Zeitung zu lesen.' Wer soll ihnen die Litauische Zeitung beschaffen? Wer könnte in Ostpreußen an litauischen Vereinen interessiert sein? Wo hat man denn Plauer aus den Kirchen gejagt? 'Wieso muß man Menschen, die kein Litauisch verstehen, erst mit Zwang und Drohung davon abbringen, litauische Zeitungen zu lesen? Menschliche Erklärungen weiß der Mann aus Kauen für das Seelen einer litauischen Bewegung in Ostpreußen zu geben. Nur eine gibt er nicht; und gerade das dürfte die einzig richtige sein: nämlich die, daß es in Ostpreußen keine Menschen gibt, die das Verlangen in sich spüren, mit den Knechtchen des deutschen Altemalsgebietes gemeinsame Sache zu machen, sich mit den Deuten aus jener anderen Welt, die jenseits der alten deutsch-russischen Grenze beginnt, auf eine Stufe stellen zu lassen.

Grundlagen volksdeutscher Politik in Polen.

Im Septemberheft der Deutschen Monatshefte in 'Polen', auf die in dieser Stelle bereits anlässlich der ersten Erörterungen hingewiesen wurde, stellt sich der Herausgeber Viktor Kauder in programmatischer Weise mit der volksdeutschen Politik in Polen auseinander. Da die 'Monatshefte' es sich zum Ziel gesetzt haben und durch die Zusammenführung ihres Mitarbeiterkreises auch dazu berufen erscheinen, das führende Organ einer auf gründliches Wissen und zielklare Willen begründeten Volkstumarbeit in Polen zu werden, verdient der Aufsatz Kauders allgemeine Beachtung. Wenn hier dieser Aufsatz zum Teil im Wortlaut wiedergegeben wird, so soll das zugleich eine Aufforderung an die im Reich Lebenden sein, den 'Deutschen Monatsheften' eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. An der unten erwähnten Stelle heißt es:

„In der deutschen Volkgruppe in Polen, die zu 73 v. H. aus Bauern und nur zu 27 v. H. aus städtischer Bevölkerung besteht, ist eine einheitliche geistige Haltung — wenn man primitiv, gleiche Abnehm und die absolut loyale Einstellung zum Herrscherstaat ausnimmt — nicht vorhanden, wie ja auch die Gesamtorganisation des Volkstages, die äußeren Symbole der Zusammengehörigkeit, wie sie Volkstage der Deutschen in Polen darstellen würden, fehlen. Die Schuld hierfür liegt zum größeren Teile bei der politischen Führung, die die polnische Regierung durch die Leitung der Deutschen Klub und des Zentralauswahls eine genügende Bekundung der Einheit anbot. Die Grundlagen, auf denen volksdeutsche Politik in Polen aufbauen muß, sind kaum erkannt worden. Während bis heute überwiegend das städtische Deutschland des Westens pfleglich behandelt wurde, wird in Zukunft eine zielsetzende Politik nur in der Gesamtplanung für das Deutschstum Polens Erfolg haben können, da ebensoviele, wie einzelne politische Kandidaten für sich allein lebensfähig sind, Teilgruppen des Deutschstums ihr Lebensgesetz in sich allein finden können. Es wird fähig Verbindung mit den deutschen Gruppen des Ostens und Mittelpolens aufgenommen werden müssen, wobei allerdings wichtig sein wird, darauf zu achten, daß die Selbsthilfe dieses städtischen Deutschstums, soweit das irgendeine möglich ist, erhalten bleibt, und daß nicht solche, materialistische Methoden der Hilfeleistung mehr von diesem gelandeten Fundament zerstört als nützen. Wer sich die Lebensgesetze auslandeseitigen Seins klar macht, weiß, daß die Ergänzung von Stadt und Land zur Erhaltung dringend nötig ist, eine gegenseitige Hilfe, die von den mitröhlichen bis zu den geistigen Dingen reicht. Die Deutschen im Westen werden sich nur von der Opferbarkeit und der Selbsthilfe der Deutschen im Osten leben, wenn die Fundamente ihres Daseins gesund sein sollen. Die Führung wird hier sehr hart werden, viel mehr Opfer von sich und den Volksgenossen fordern müssen, manch weniger Retwendiges sein lassen, um in einer Gesamtplanung das Lebensnotwendige zu tun. Das unter dem Lebensnotwendigen nicht nur das Zeitliche verstanden wird, ist wohl selbstverständlich. Daß einige Gruppen auch heute noch so geführt werden, als ob sie allein für sich da wären, zeugt nicht von Einsicht in die schicksalhafte Verketzung aller Deutschen in Polen.“

Reben dieser volksdeutschen Einstellung, die ihren lebendigen Ausdruck in einem Volkstag finden müßte, aber nicht aus parlamentarier bestehen, fonder in seiner Organisation mit in die Volksgemeinschaft hinarbeitende müßte, und der Auswertung der Erkenntnis, daß auch für das Deutschstum in Polen die Quellen der Kraft im Daueramt liegen, ist eine radikale, geistige Umstellung des weltlichen Teiles unserer Volksgemeinschaft nötig, die von der Führung ausgehen muß. Es muß jenes aus dem alten Deutschen Reich mitgebrachte System, das Beamtenmäßige der Führung und die Unselbständige der Gefolgschaft, die darauf wartet, daß ein Segen und alle Initiation von oben kommt, mit einer Führung überführt werden, in der das Verhältnis von Führung und Gefolgschaft auf geistigen Werten beruht. Eine Gruppe, die im Feuer lebt, braucht lebendige, feste Verwahrung und den verantwortungsbewußten Einsatz jedes einzelnen. Es ist eines der größten Verdienste der Jungdeutschen Bewegung,

daß sie diese Fortsetzung der deutschen Bevölkerung geleistet hat. Der Boden für eine operierende, lebendige Organisation der Volksgemeinschaft ist bereitet. Allerdings hängt die geistige Haltung eines Führers so weitgehend mit eingeborenen und zeit-erfahrenen Eigenschaften zusammen, daß noch nicht feststeht, ob alten politisch noch während die entscheidende Umstellung möglich sein wird. Es ist nicht zuletzt gesagt, daß von dieser inneren Haltung das Schicksal der Deutschen in den Westgebieten Polens bestimmt wird.

Die Gesamtplanung für das Deutschstum in Polen wird vor allem sich den richtigen Einsatz des Nachwuchses klar machen müssen. Als Grundlage hierfür wird eine geistliche Unterweisung hinsichtlich des geistlichen und politischen Schicksals des Deutschstums in Polen dienen können, die in Arbeit ist. Wahrscheinlich muß heute schon durch die höheren Schulen ein zu hoher Prozentsatz von jungen, deutschen Menschen (etwa 8000) dem Abitur zugewandt, der dann zum Teil ins Bildungsproletariat hinabsinkt oder noch unlernen muß, beim sozialen Aufstieg in die Gefolge kommt, polonisiert zu werden. Auch die Zahl der in Polen und Danzig lebenden deutschen Akademiker scheint reichlich hoch, gemessen an der Aufnahmebereitschaft der deutschen Gebiete und Polens überhaupt, vor allem, weil die meisten doch wieder im Westen unterkommen wollen. Es scheint noch nötig, darauf hinzuwirken, daß eine zunehmende auf einen geländeten deutschen Stande anerkennend hin zu sehen müssen. Das Stipendienwesen hätte eine Umgestaltung in dieser Richtung nötig. Ein oder der andere Akademiker müßte, in richtiger Erkenntnis der Zukunftsentwicklung, die Verpflichtung in sich spüren, sein Leben mit dem der deutschen Volksgenossen im Osten Polens zu verbinden. Besonders Ärzte und Juristen würden in beschränkter Anzahl dort ihr Fortkommen finden können.

Ebenso ist es nicht überflüssig, darauf hinzuwirken, daß eine mittelstädtische Ergänzung der einzelnen Teilgruppen bis zu einem gewissen Grade möglich sei, denn auch kein Arbeiterführer hier und irgendwie georteten Autorität der Deutschen, die unmöglich und schädlich wäre, das Wort reden wird. Gerade aber diese Fragen lassen sich nur von der Gesamtheit aller Deutschen anstellen. Voraussetzung hierfür ist überdies, daß in den Teilgruppen, die deutschen Verhältnisse bereits zusammengefaßt sind, was nicht überall der Fall ist. Die Wirtschaftsorganisation dieser Zusammenarbeit, das Genossenschaftswesen, müßte noch planmäßiger der Selbsthilfe des gesamten Deutschstums in Polen dienbar gemacht werden.

Die deutschen Arbeitslosen in industriellen Westgebieten müßten auf Jahre hinaus als Unterlieferungsarmee ihr Dasein fristen, über ihre Lage kann sich wohl niemand einer Gefolgschaft hingeben, weil eine solche Sozialordnung den Untergang dieser weltlichen Gruppe der Deutschen bedeuten würde. Ohne die kleinen Hilfen zu unterföhren, die geleistet werden, und ohne die Möglichkeit der Lösung dieser Frage zu hoch empfinden, kann doch wohl gesagt werden, daß eine Gefolgschaft der Deutschen in Polen manchen Weg gehen könnte, die einzelne Gruppe nicht gehen kann.

Die Folgen der bäuerlichen Überbevölkerung in Galizien äußern sich auch bei den Deutschen bereits in beklümmendem Maße in Verfestigungen. Die zweiten und dritten Söhne können heute die Berufs der Staatsdienstes, die sie früher abströmten, nicht mehr ergreifen, wenn sie Deutsche bleiben wollen. Sol das gesunde Deutschstum Galiziens nicht der fortschreitenden Proletarisierung verfallen, dann müssen Wege gefunden werden, auf denen Abhilfe zu schaffen möglich ist.

Diese kurzen und flüchtigen Hinweise auf Lebensfragen des Deutschstums in Polen sollen zeigen, daß es so nicht weitergehen kann, wie es die Jahre über gegangen ist. Der starke, neue Lebensimpuls, der nicht nur unser Muttervolk, sondern auch unsere Volksgemeinschaft durchläuft, muß die Pflanzbedingung sein, die heute noch möglich ist, den einzelnen Teilgebieten Polens, zu politischen Führern und Gefolgschaften und Volksgemeinschaften zu machen, die nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und sozial lebendigen Gemeinschaften sein, was jene Führung des Gesamtdeutschstums bringen, die es versteht, den gemeinsamen Willen zur Zukunft in die Tat umzusetzen.

Stland-Woche.

Deutsch-polnisches Rundfunkabkommen.

Zwischen der Reichsrundfunkgesellschaft, vertreten durch Reichsfunkdirektor Eugen Hadzioski, und der polnischen Rundfunkgesellschaft Polska Radio, vertreten durch ihren Generaldirektor Dr. von Schamier, ist ein neues deutsch-polnisches Rundfunkabkommen geschlossen worden, das den bereits bestehenden Programm austausch zwischen beiden Gesellschaften erweitern und im Sinne einer gemeinsamen nachbarlichen Kulturarbeit ausbauen soll. All hierbei auftretenden neuen Probleme sollen im Hinblick auf die große Aufgabe der Völkervereinigung, der der Rundfunk zu dienen hat, durch kameradschaftliche Zusammenarbeit gelöst werden. Das Abkommen sieht als Hauptbestandteil regelmäßige monatliche Austauschkonzerte von einwöchentlichem Dauer vor, die den reichen Schatz der klassischen Kunst bei hoher künstlerischer Vermittlung sollen. Neben diesen regelmäßigen Austauschkonzerten sind Sendungen moderner Musik, Illustrierter Konzerte mit und ohne Orchesterbegleitung, Kirchenmusik, Volksmusik und Opernübertragungen vorgesehen. Auf literarischem Gebiet werden die beiden Rundfunkgesellschaften im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Literatur des Nachbarlandes berücksichtigen und durch charakteristische Proben ihren Hörern zur Kenntnis bringen. Besonders interessante Hörspiele sollen ausgetauscht und gegebenenfalls in Übertragungen aufgeführt werden. Um die Hörer mit dem Leben des Nachbarlandes bekanntzumachen, werden Zankberichte ausgetauscht, die von Volksspielen, Sportveranstaltungen, Wirtschaftsunternehmungen und dergleichen berichten. Dem gleichen Zweck dienen regelmäßig jeden Monat erfolgende informierende Kurzberichte über besondere, allgemein interessierende Ereignisse im Nachbarland. Die Vorträge finden im Sendesaal der Rundfunkgesellschaft in der Sprache der übernehmenden Gesellschaft durch einen von ihr benannten Sprecher statt. Durch die Austauschkonzerte ist es in den Abkommen durch praktische Vereinbarungen auf eine neue Grundlage gestellt worden.

„Damit ist“, so heißt es in der Mitteilung der Reichslandesleitung, „zwischen den beiden Völkern ein weitausgehendes Verständnis der Richtung auf unmittelbare künstlerische und menschliche Annäherung. Gerade der Rundfunk, der in die Tiefe des Volkes dringt und Millionen erfasst, soll damit als Verbindungsmittel der Völker Kenntnis des Nachbarvolkes, Achtung vor ihm und seinem Wesen schaffen und damit dem Werk des Friedens zu seinem Teil erfolgreich dienen.“

Schicksale deutscher Schulen in Polen.

Wie das „Dofener Tageblatt“ meldet, werden bei der Bildung des Lehrkörpers der kürzlich gegründeten privaten deutschen Volksschule in Wissa von „Dofener Schulkuratorin Schmirgelskelen“ gemacht. Drei der an die Schule berufenen Lehrer, Kalmuski, Bank und Schröder, sind nicht bestätigt worden, so daß sie ihrer Verträglichkeit nach wenigen Wochen wieder haben aufgeben müssen. Man soll nie zu früh von „polnischer Toleranz“ sprechen, wenn wirklich einmal eine deutsche Schule von den Behörden genehmigt wird. Diese finden immer noch Mittel und Wege genug, um zu ihrem Ziel zu gelangen. Und das Ziel ist nun einmal die Polonisierung der deutschen Volksgruppen in Polen.

Bis zum Jahre 1932 gab es an der Volksschule in Schlieben bei Polen eine deutsche Abteilung unter einem deutschen evangelischen Lehrer. Die Zahl der evangelischen deutschen Schulkinder in Schlieben und Umgebung betrug damals noch 32; von diesen wohnten in Schlieben 45 Kinder. Es war also durchaus die Möglichkeit gegeben, auch eine eigene deutsche Schule für diese Kinder einzurichten. Aber nicht einmal die eigene deutsche Abteilung blieb bestehen, sondern wurde mit Beginn des Schuljahres 1933/34 gegen den Einspruch der Eltern aufgelöst. Die Schüler wurden auf die polnischen Klassen verteilt. Man belief allerdings noch den deutschen evangelischen Lehrer in Schlieben, der mit der Abhaltung des Religionsunterrichtes und einiger Deutschstunden beauftragt wurde. Die Schulanfänger erhielten überhaupt keinen deutschen Schulunterricht. Mit Beginn des Schuljahres 1934/35 verschlechterte sich die Sachlage weitaus, da der einzige deutsche evangelische Lehrer — allerdings auf seine Bewerbung hin — versetzt wurde. Die Bitte der Eltern um einen neuen deutschen evangelischen Lehrer wurde zunächst nicht erfüllt. Mehrere Wochen blieben die deutschen evangelischen Kinder ganz ohne evangelischen Religionsunterricht und deutschen Sprachunterricht. Jetzt soll wenigstens ein evangelischer Lehrer aus Polen beauftragt werden, den evangelischen Kindern in Schlieben Religions- und Deutschunterricht zu erteilen. Die deutsche Schulinne in Schlieben ist damit keineswegs bebaut. Die Deutschen dort haben ein Recht auf eine selbständige deutsche Schule.

Im Vob (Kongresspolen) wurden deutsche Kinder gegen den Willen ihrer Eltern polnischen Schulen zugeteilt. Nun ist Senator Litka,

der Vertreter der kongresspolnischen Deutschen, neuerdings im Unterrichtsministerium und im Warthauer Schulkuratorium in dieser Angelegenheit vorzeitig geworden. Senator Litka weist in seiner Denkschrift darauf hin, daß seit seiner letzten Intervention im Ministerium von den in polnischen Schulen eingeschulden deutschen Kindern erst 25 in deutsche Schulen versetzt worden sind, während noch über 40 deutsche Kinder ohne Unterricht sind; denn die Eltern weigern sich, ihre Kinder in polnische Schulen zu schicken. Bei autem Willen seitens des Schulinspektors ließen sich auch diese Kinder leicht in deutsche Schulen unterbringen.

Der Ratowitzer Deutsche Lehrerverein nahm am 10. Oktober von 25 seiner Mitglieder Abschied, die zum größten Teil nicht freiwillig Oberberichtsstellen verlassen, um in neue Wirkungskreise im Reich einzutreten. Aus diesem Anlaß fand eine Feier statt, bei welcher den schiedenden Lehrern und Lehrerinnen der Dank für ihre am Oberberichtsstellen Deutschtum geleistete Arbeit ausgesprochen wurde. Ein besonders großer Verdienst für die oberberichtsstelligen Lehrkräfte und darüber hinaus für das Deutschtum überhaupt ist das Ausscheiden des Direktors Alfons Urbaneck, der dem Deutschen Lehrerverein Ratowitz gegründet hat. Er wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Deutsche werden entlassen.

Zu den bereits gemeldeten Kündigungen deutscher Angestellter der oberberichtsstelligen Industrie teilt die „Ratowitzer Zeitung“ weitere Einzelheiten mit. Die S. A. G. (Schlesische Bergwerks- und Hüttenindustrie) hat für den 31. Dezember d. J. 37 Angestellten gekündigt, die unter der gemeinsamen Nr. 32, die Friedensstraße 24, die Silesia W. G. 31, die Pflanzung Werke 26 und die Hohenlohewerke 3. Von den zur S. A. G. gehörenden Werken hat die Silesia Zinkhütte ihrer gelassenen Angestelltenliste (37 Mann) gekündigt. Diese 37 Mann ungenutzt, werden am Ende dieses Jahres also 126 Angestellte entlassen; unter ihnen befinden sich weit über 100 Deutsche. Die „Polska Zachodnia“, das Blatt des Wojewoden Grajanki, ist durch die bereitete Erregung, die diese neue Vernehmung des Heeres arbeitsloser deutscher Menschen in Oberberichtsstellen hervorgerufen hat, angefaßt. Ziel bekämpft. Sie kann es „nicht verhehlen“, daß man von der Entlassung „einiger“ deutscher Angestellter „so viel Aufheben macht.“ Während sie sich sonst in lauten Artikeln ergeht, wenn irgendwo einmal in Westfalen ein dort schwerlich als bodenständig zu bezeichnender polnischer Emigrant seine Arbeitsstelle verliert, findet sie es ganz in der Ordnung, wenn jetzt mit einem Schlag über 100 Deutsche, altbewährte und bodenständige Angestellte, auf die Straße gemorren werden, — von den Leuten, die dieses selbe Schicksal schon vorher erlitten hat, zu schweigen. Die „Polska Zachodnia“ behauptet in einer Polemik gegen die „Ratowitzer Zeitung“, die Entlassungen seien „nicht ernsthaft“ und „keine Angelegenheit“, das gelange es, geht aus einer Mitteilung des „Monatsheft“ des Organs der „Gemeinschaft kaufmännischer Angestellter Oberberichtsstellen“ (D. H. A.) hervor, wo es u. a. heißt: „Eine Reorganisation“, die der Verminderung der Vermaltungskosten oder der Vereinfachung des Vermaltungapparates dienen sollte, ist bei keiner Vermaltung erfolgt. Im Gegenteil: In verschiedenen Vermaltungen sind die Vermaltungskosten nach Entlassung deutscher Angestellter gestiegen, weil die neu angenommenen Angestellten, die sofort die Tätigkeit der Abgebauten übernahmen, erheblich höhere Gehälter bezogen.“ Die Reorganisation ist also nicht „so einfach“ zu bewerkstelligen, daß die deutschen Angestellten aus ihren Stellungen zu verdrängen, um an deren Stelle polnische Angestellte aus allen Gebieteilen Polens zu setzen.“ Das es so ist, ist nicht zu bezweifeln und wird auch vom polnischen Demobilisationskommissar ausdrücklich bestätigt. Wenn dieser hat die Arbeitnehmer bei Entlassungen, die eine Verminderung der Arbeiter- und Angestelltenliste bedeuten, vor der Willkür der Arbeitgeber zu schützen. In den vorliegenden Entlassungsfällen, die polnische Seite mit der Reorganisation einer „Reorganisation“ der Betriebe begründet werden, daß sich der Kommissar jedoch für nicht zuständig erklärt, da ja keine Verminderung der Belegschaft beabsichtigt sei. Es bleibt also dabei: Deutsche werden entlassen, um Polen an ihre Stelle zu bringen. Allein gelassene Deutsche fliegen auf die Straße, um meist landfremden Elementen aus dem Osten Platz zu machen. Bewährte deutsche Kräfte werden zu dauernder Arbeitslosigkeit neuertellt, damit ungeschulte polnische Kräfte umlo höhere Gehälter einstreifen können. Deutsche Familienväter werden ins Elend gestoßen, damit ihre meist jungen polnischen Nachfolger weniger Geld in die Kasse bekommen, um als Ratowitzer Zuschläger teilzunehmen können. Das ganz nennt sich dann „Reorganisation“ der Betriebe.“ Und die „Polska Zachodnia“ ernennt darauf, daß den Deutschen in der polnischen Verfassung ja die Gleichberechtigung garantiert wird, und hält die Angelegenheit damit für erledigt.

Seedienst Ostpreußen bis Ende Oktober

Die Wochen Haft ohne Bewährungsfrist.

Vor dem Bürgergericht in Rabinok hatte sich der Schriftleiter des in Rabinok erscheinenden „Oberösterreichischen Anzeigers“, Richard Badura, der für die im „Volen“ erscheinende Ausgabe verantwortlich zeichnet, unter der Anklage der „Provozierung des polnischen Volkes und Verleumdung des polnischen Aufständischen Verbände“ zu verantworten. Am 2. Mal d. J. erschien in dem Blatt ein Artikel mit der Überschrift „Sturm aus dem Annaberg“, dessen Inhalt, wie die Anklageschrift behauptete, das Verhalten der polnischen Aufständischen in beilegender Weise dargestellt haben soll. Der Angeklagte erklärte in der Verhandlung, daß der Artikel durch ein technisches Versehen veröffentlicht worden sei. Das Urteil lautete auf vier Wochen Haft ohne Bewährungsfrist.

„Illegaler Grenzübertritt.“

Ein Fortuner und vier Kurnerinnen vom deutschen Männerturnverein in Chorjow (Königsbütte) hatten im Juli vorigen Jahres am Deutschen Turnfest in Stuttgart teilgenommen. Sie hatten die Grenze mit der in ehemaligen oberösterreichischen Abteilungsmitglied getarnten Grenzkarte überfritten. Sie waren nach ihrer Rückkehr vom Bürgergericht in Königsbütte zu je 200 Zloty Geldstrafe wegen „illegalen“ Grenzübertretts verurteilt worden. Wegen hatten die Verurteilten Einspruch erhoben, mit dem Erfolg, daß das Königsbütter Bezirksgericht sie freisprach, weil der Grenzübertritt auf Grund einer Grenzkarte legal ist und die Weiterfahrt ins Reich ohne Paß eine Angelegenheit ist, die nicht die polnischen, sondern die deutschen Behörden angeht. Gegen den Freispruch erhob jedoch der Staatsanwalt Einspruch. Das Oberste Gericht in Warschau verwarf das Urteil der Berufungsinstanz und ordnete die Wiederaufnahme des Verfahrens vor dem Königsbütter Bezirksgericht an. Dieses hat nunmehr ein härteres Urteil als das Bezirksgericht gefällt. Vier Angeklagte wurden zu je 500, eins zu 300 Zloty Geldstrafe verurteilt. Gegen das Urteil wird Revision angemeldet.

Neue Umschlufungsbestimmungen in Polen.

Von den zukünftigen polnischen Regierungsstellen werden mit großer Bestimmtheit Entwürfe für mehrere Verordnungen ausgearbeitet, durch die die neue Bestimmungen über die Umschlufung in der Landwirtschaft eingeführt werden sollen. Am weitesten vorgeschritten sind die Vorbereitungen für eine Verordnung über das Vergleichs- und Liquidationsverfahren in der Landwirtschaft, die das Gegenstück zu der ebenfalls in Vorbereitung befindlichen neuen Vergleichs- und Konkursordnung für gewerbliche Betriebe bilden soll. Die Verordnung wird an Stelle der zur Zeit geltenden Bestimmungen über die Veränderung der Folgen der Zahlungslosigkeit in der Landwirtschaft treten und, im Gegensatz zu diesen, den Charakter einer händigen und nicht lediglich prozessorischen Regelung haben. In Erweiterung der bisherigen Bestimmungen sollen ferner die Kreditinstitute in die Lage versetzt werden, die Verhältnisse der auf Grund der bisherigen Bestimmungen konzentrierten Darlehensforderungen gegenüber landwirtschaftlichen Betrieben weiter herabzusetzen und die Kündigungsdauer von bisher 7 auf 14 Jahre zu verlängern. Die Bestimmungen über die Schiedsstellen für verhandelte bäuerliche landwirtschaftliche Betriebe sollen ebenfalls neu gefaßt werden, um eine Konzentration der gerichtlichen Verfolgung in eine langfristige zu ermöglichen. Bei Kleinbetrieben ist eine vorwegene Konzentrierung bei einer Verzinsung mit 3 o. h. jährlich und einer Kündigungsfrist von 3 Jahren beabsichtigt. Bei größeren Betrieben soll die Konzentrierung davon abhängen gemacht werden, daß die Verfolgung 75 p. h. des gegenwärtigen Wertes des Betriebes nicht übersteigt. Auch die Umschlufung der Großbetriebe soll nur in den Fällen stattfinden, wenn die Schulden einen bestimmten Höchstbetrag nicht übersteigen. Die von dem am 1. Oktober ablaufenden und zunächst zu verlängerten Moratorium erforderten gerichtlichen Hypotheken sollen mit Hilfe neuer Pfandbriefe in langfristige Bankhypotheken konvertiert werden. Die andauernde Verfallschlufungsaktion über einzelne besonders wichtige Bestimmungen der neuen Umschlufungsaktion liegt noch aus.

Die Anordnung am Woulfa verfallen wurde.

Die polnische Regierungspresse beschäftigt sich in letzter Zeit erneut mit dem Streit um die Textilwerke von Zyrardow. Besonders interessant ist ein Artikel des „Kurjer Poranny“, der darüber berichtet, wie die Werte in dem Besitz der jetzigen Hauptaktionäre, des französischen Juden Woulfa, übertragen sind. In den ersten Jahren der polnischen Unabhängigkeit war Zyrardow Eigentum des polnischen Staates. Dann sollte es für zwei Mill. Iohannis, Franken den Franzosen verkauft werden. Diese Summe wurde indessen angelehnt der Entwertung der polnischen Mark auf 400 000 Franken herabgesetzt. Als im Sommer 1923 Woulfa diese Summe bezahlen sollte, behauptete er, kein flüssiges Geld zu haben. Daraufhin erhielt er von der polnischen Regierung eine Anleihe, die in polnischer Mark rückzahlbar war. Die polnische Währung fiel indessen ununterbrochen so daß Woulfa schließlich nur 100 000 Schweizer Franken zurückzahlen hatte. Das riesige Unternehmen kam schließlich für 15000 Reichsmark in die Hände der Franzosen. Der polnische

Sinnminister, der für dieses Geschäft verantwortlich war, ließ Rudarski und war Mitglied der nationaldemokratischen Partei.

Ganz unabhängig von dem Ausgang des stehenden gerichtlichen Verfahrens ist die polnische Regierung entschlossen, in der Sache Zyrardow auf keinen Fall nachzugeben. Vor einiger Zeit wurde dem Unternehmen eine Steuerstrafe von 10 Millionen Zloty auferlegt, weil das Werk eine fällige Werkssteuer in Höhe von 400 000 Zloty nicht entrichtet hatte. Das polnische Wechselsteuergesetz sieht vor, daß in solchen Fällen eine Strafe in Höhe der 25fachen Gebühr auferlegt werden kann. Die polnische Regierung hat dem Unternehmen somit die härteste Strafe auferlegt, die nach dem Gesetz möglich ist, und hat bisher alle Schritte auf Verhinderung der Zahlung der Strafe abgelehnt. Da das Werk für heruntergerichtet ist, kann es die ihm auferlegte Buße nicht entrichten. Die polnische Regierung hat es also in der Hand, Zyrardow zu enteignen.

10 Jahre „Polonia“.

Die Kattowitzer „Polonia“, das Blatt Korantus, hat anläßlich ihres zehnjährigen Bestehens eine reich ausgestattete Sondernummer herausgebracht. An der Spitze der Zeitung steht ein Lauffuß Korantus, der sich über die Gründung des Blattes und dessen Ziele äußert. Anlaß zu der Gründung sei die Katastrophe gewesen, daß in der ersten Zeit nach der Errichtung Oberösterreichs in Polen im Land nur unzureichende polnische Blätter bestanden und die Mehrheit der Bevölkerung „arabentische“ deutsche Zeitungen gelesen hätte. Darum hätten sich „nationalistisch gesinnte Männer“ zur Gründung der Zeitung entschlossen und „die Erbschaften hingegeben, lediglich um der Volksgemeinschaft und dem Staate zu dienen, ohne irgendwelche gemeinnützigen Absichten“. — Die erste Nummer der „Polonia“ erschien am 27. September 1924. Die Zeitung war lange Zeit, auch nachdem die gegenwärtige Regierungsrichtung an die Macht gekommen war, die führende polnische Zeitung Oberösterreichs und steht heute noch nach Inhalt und Aufmerksamkeit an der Spitze der polnischen Zeitungen in der Wojewodschaft, obwohl sie seitens der Regierungen keine Förderung erfährt. Die Opposition Korantus gegen Gromski, die zeitweilig außerordentlich scharf gewesen ist, ist in neuerer Zeit wesentlich sanfter geworden. Trotzdem ist in der Jubiläumsummer keine lautsamliche Stelle mit einem Blickworte vertreten. Dagegen hat der Wlchow von Kattowitz, Adamski, in einem Glückwunschschriftchen an die Schriftleitung der „Polonia“ die Verdienste des Blattes um Kirche und Staat anerkannt.

Wieder steigende Geburtenziffern in Polen.

In den letzten Jahren hatte sich in Polen ein Sinken des Geburtenüberflusses bemerkbar gemacht. Diese rückläufige Entwicklung scheint nunmehr zum Stillstand gekommen zu sein. Das Statistische Hauptamt in Warschau veröffentlicht Zahlen über die Eheschließungen, Geburten und Todesfälle im ersten Halbjahr 1934 veröffentlicht. Die Zahl der Eheschließungen betrug 135 072 (im ersten Halbjahr 1933: 137 375), die der lebend Geborenen 444 665 (457 565) und die der Todesfälle 236 529 (252 590). Der natürliche Zuwachs betrug also 208 121 (im ersten Halbjahr 1933: 184 475). Bei der Umrechnung auf je 1000 Einwohner ergaben die obigen Zahlen (die Zahlen in Klammern bezeichnen die entsprechenden Daten für das erste Halbjahr 1933): Eheschließungen 8,3 (8,5), lebend Geborene 27,1 (26,9), Todesfälle 14 (15,5), natürlicher Zuwachs 12,7 (11,4). Im Vergleich mit dem entsprechenden Abschnitt des Vorjahres ist also eine unbedeutende Verminderung der Zahl der Eheschließungen (um 1,7 Proz.) eingetreten. Statt des seit dem Jahre 1930 andauernden Sinkens der Geburtenzahl ist jetzt wieder eine Zunahme (um 1,5 Proz.) zu verzeichnen, während die Abnahme der Zahl der Todesfälle weiter andauert. Der natürliche Zuwachs im laufenden Jahre ist größer (um 1,3 Proz.) als im Vorjahre. Über die nationalpolitische Bedeutung dieser Zahlen läßt sich so lange nichts Endgültiges sagen, als nicht die Bevölkerungsstatistik für die einzelnen in Polen lebenden Nationalitäten, von denen sich die Wehrkräfte aus Ungarn durch eine besonders hohe Geburtenziffer auszeichnen, vorliegt.

Die Vererbung der freien Berufe in Polen.

Die nationaldemokratischen Blätter befaßten sich kürzlich wieder einmal mit der Vererbung der freien Berufe in Polen. Der „Kurjer Domancki“ gab folgende Zahlen bekannt: In den letzten Jahren vor dem Kriege habe der Sonderberuf der jüdischen Rechtsanwältin in Warschau 25 bis 30 betragen. Im Jahre 1919 habe bereits 40 p. h. der Warschauer Rechtsanwältin jüdischen Ursprungs, jetzt seien 50 p. h. der Rechtsanwältin und 20 p. h. der Rechtsanwaltsgesellen jüdisch. Die „Gazeta Warszawiana“, die in einem längeren Artikel sich mit derselben Frage befaßt, stellt zum Schluß vier Forderungen auf: 1. sollten die Polen sich nur an polnische Rechtsanwältinnen wenden, 2. sollten die Anwälte keine Juden als ihre Gesellen anstellen, 3. sollte die Regierung, wenigstens vorübergehend, den Juden nicht gestatten, den Anwaltsberuf zu ergreifen, und endlich müßten die Juden, um es zu vermeiden, daß ihnen daselbst Schicksal widerfahre wie in Deutschland, die Jugend davon abhalten, sich dem Rechtsanwaltsberuf zu widmen.

Die „Gazeta Warszawska“ veröffentlichte weiter eine Liste der in Biologisch tätigen Ärzte. Danach sind von den 80 Ärzten der Konfession nach nur 28 Christen, die übrigen sind israelitische Juden. Der Liste der 52 jüdischen Ärzte folgt das Blatt die Bemerkung hinzu, daß diese Liste die getauften Juden nicht enthalte. Sollte man auch diese hinzu, so würde sich die Zahl der nichtjüdischen Ärzte noch bedeutend vermindern.

Sprachüberfremdung.

In den meisten deutschen Volksgruppen läßt sich die sehr bedauerliche und national nicht unbedenkliche Erscheinung feststellen, daß sie in ihren deutschen Wortschatz in zunehmendem Maße fremde Worte aus den Sprachen der sie umgebenden fremden Volksstämme aufnehmen. Häufig geschieht das aus Unbedachtsamkeit, häufig auch deshalb, weil den zum Besuch fremdsprachiger Schulen gelangenden deutschen Kindern die ausstreichende Beherrschung der Muttersprache in Wort und Schrift fehlt. In jedem Falle aber ist eine solche Überfremdung und Verunreinigung des deutschen Sprachschatzes ein Beweis dafür, daß den betreffenden Deutschen das zur völkischen Selbstbehauptung notwendige Sprachbewußtsein und Sprachgemüß fehlt. Diese Erscheinung muß zunächst zur eine „interessante“ Gewohnheit sein; greift sie aber weiter aus sich, so wird sie zu einer bedenkenlichen völkischen Schmach. Wie sich in dieser Hinsicht in Sudetendeutschstum manches zum Schlimmen gemaht hat, dafür ist ein Artikel in den tschechischen „Cidovce Rovinn“ (vom 3. Oktober 1934) ein Beweis. Dort berichtet ein Elchebe über das Eindringen tschechischer Worte in die Umgangssprache der Deutschen in Nordböhmen, die er ohne systematische Unterstutzung gelegentlich eines Besuchs in der Gegend zwischen Aufsig und Deutsch-Tepla feststellt hat. Er schreibt u. a.: „Den Völkern nennen sie durchgängig Kojinken; das ist genau unser mundartliches kojinka“. Sie bakken gemeinsam mit uns Kofalshen und Nioanten“. Wenn sie jemand zur Eile antreten wollen, jagen sie nicht, ihn so Jagen: Komme, aber hnd“ (hnd = gleich). Großmütter und Juben bei ihnen luchen, gerade so wie bei uns, auf den abgeernteten Feldern „Dabierken“ (pabéryk oder richtiger pabéryk = Tahlsele); und die Frauen, die ich bei einem Waldbrand aufhauen sah, erklärten über die keine Entlebung verstoßende Jaberliffigkeit: „Das ist aber eine Kephle“ (nepředá = Unfug). An den Juben hatten sie „Bafalkoren“ (bafalkora = Hauschuh aus Stoff). Dies erholste ich“. So fährt der Elchebe fort, in einigen wenigen Sagen, und es wäre sicher sehr interessant, die übrigen Elchebismen zu luchen, deren es sicher mehr gibt, und hauptsächlich der phonetischen Entlebung einiger mundartlicher Wörter nachzugehen, die, obwohl sie unweifelhaft tschechischen Klang haben, etwas anderes ausdrücken, als das, woran sie erinnern.“

Dieser Entwicklung, die hier an einigen Beispielen für ein dem Reichsdeutschstum unmittelbar benachbartes Gebiet gezeigt wird, muß beiseite entgegengetreten werden, wenn nicht noch eine weitere Breche entstehen soll, durch die der geistige Einfluß fremden Volkstums in den deutschen Volkskörper eindringen kann. Es ist erfreulich daß sich wenigstens ein Teil der grenz- und auslanddeutschen Zeitungen mit Sorgfalt eines fremdwortreichen Deutsch bedient und auf diese Weise in wirksamer und unaufrichtiger Weise das deutsche Sprachgefühl und Sprachbewußtsein stärkt. Aber das reicht nicht aus, um die von allen Seiten und unaufrichtig eindringenden fremden Einflüsse auf die deutsche Sprache fernzuhalten. Es ist eine der vielen Aufgaben der Erneuerungsbewegung unter den deutschen Volksgruppen, auch das Sprachgemüß zu schärfen und den vielfach schon überfremdeten Sprachschatz der Volksgruppen wieder von den eingebrungenen fremden Bestandteilen zu säubern.

Tagung der polnischen Aufstandsführer in Polen.

Die Gesellschaft zum Studium der Geschichte des polnischen Aufstandes 1918/19 hat im Einvernehmen mit dem „Militärgeschichtlichen Büro“ zum 4. November d. J. nach Polen alle ehemaligen Aufstandsführer zu einer Tagung zusammenzurufen. Zur Teilnahme sind alle diejenigen aufgefordert, die in der Zeit vom 27. Dezember 1918 bis 23. März 1919 aktivem, führenden Anteil an den Aufstandskämpfen genommen haben.

Entscheidung der Kinder aus Mischchen.

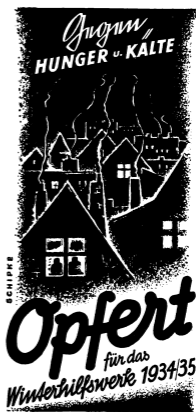
Wie das „Waba Sonu“ meldet ist ein Gesetz in Vorbereitung, wonach die Kinder aus Mischchen nicht mehr nach dem Ermessen der Eltern in Minderheitschulen geschickt werden dürfen, sondern nur in einlässigen Anstalten etogen werden sollen. Zur Begründung dieser kommenden Maßnahme schreibt das „Waba Sonu“ u. a. folgendes: „Für einen Staat mit begrenzter Bevölkerungszahl, wie das Eltern ist, ist von außerordentlicher Bedeutung, daß die Arbeitskraft und die Begabung jedes Volksgenossen rational im Interesse des Elternants entwickelt wird, da ohne dieses der Aufbau eines starken, den Anforderungen des Lebens gemessenen nationalstaatlichen Organismus unmöglich ist. Leider hat es bei uns an einer derartigen Zielbührebeit im erforderlichen Maße gefehlt. Ein wunder Punkt war es, daß die völkische Zugehörigkeit der Kinder aus Mischchen nach eigenem Ermessen bestimmt werden durfte und die

dieselben in die Schulen der völkischen Minderheiten gegeben werden durften. Bei einem Teil unserer sogenannten Gefellshaft findet sich eine starke Reigung, die ethnische Sprachen und den ethnischen Sinn zu vergerßen... Es ist eine betrübliche Tatsache, daß diese Knaben, Baber, Mafik, Voren, Wainer, Müntlepp, Draul, Käär, Pöödi, Voderkar, Kinnikl apn, die von ihren Eltern in deutsche Schulen geschickt worden sind — als Erwachsene zum großen Teile dem ethnischen Volkstum fernzuziehen können, da nach den bisherigen Erfahrungen die deutschen Schulen es verstehen, aus diesen ethnischblühigen jungen Menschen vollständig deutsch denkende Menschen zu fabrizieren. Das bedeutet das Entzinsen einer deutschen Mentalität in unser Volk, wenn mir es milde ausdrücken wollen. Im Hinblick auf diese Tatsache hat unser Volk mit Befriedigung die Nachricht vernommen, daß die Staatsgewalt der Unterbringung von Kindern aus Mischchen in deutsche Schulen entgegengetreten will.“

So meit das „Waba Sonu“. Es konnte schon wiederholt feststellt werden, daß in der Politik der drei baltischen Länder gegenüber den deutschen und anderen Volksgruppen eine zunehmende Übereinstimmung besteht. Der Schwärke, der dem hier angeknüpften ethnischen Gefellzugrunde liegt, entspricht demjenigen der vor einiger Zeit im Almeland organisierten litauischen Verfassung, derzufolge die Kinder nicht reindeutscher Abkunft und mit nicht ausschließlich deutscher Hausprache zuzuziehende litauisch eingeschult werden sollen. In beiden Fällen wird die Freiheit der Erziehungsberechtigten in der Entscheidung über die Erziehung ihrer Kinder befreit und der offensichtlich Werkkraft der deutschen Kultur der litauische Jüngling entgegengestellt.

Erzbischof Pommer-Niga ermordet.

Am 11. Oktober wurde das Haupt der griechisch-katholischen Kirche Lettlands, Erzbischof Johann Pommer, in Niga ermordet. Die Mörder verschüden, das Haus durch Brand zu vernichten. Es wird vermutet, daß der Mord mit einem Prosch wegen Unterbringung von Kirchengeldern zusammenhängt. Dieser Case sollte die Gerichtsverhandlung in Niga beginnen. Der Erzbischof sollte dabei als Hauptbelastungszeuge auftreten. Der noch unbekannte Mörder ist flüchtig. Die Leiche ist stark angekohlt und zeigt eine tiefe Kopfwunde. Es wird angenommen, daß eine Leiche von Leukunden verschunden ist, die in dem erwähnten Prosch eine Rolle spielen sollten.



erzielt werden konnten, wurden durch die landwirtschaftlich bedingte Wirtschaftskrise wieder zunichte gemacht, um so mehr, als der von Schlesien aus jeder geführte Kampf um günstigeren Frachtpreisen und Tarifniveaus auf Kolonialgebieten Erleichterungen, im großen ganzen aber doch keinen durchschlagenden Erfolg erzielen konnte. Der unter der Entwicklung der Krise immer mehr zunehmende östwärts gerichtete Druck der gesamten west- und mitteldeutschen Industrie, die unter den Auswirkungen der Währungsverfallströmungen im Ausland, namentlich in Westeuropa und Übersee, immer mehr an Absatzgebieten verlor und nun im Osten ein neues Absatzfeld suchte, brachte die den großen Konernen Welt- und Mitteldeutschen gegenüber schwächere schlesische Wirtschaft in weitere Verdrängnis, die der noch Schwächung durch die Abwanderung und Abzehrung von Industrieunternehmungen aus Schlesien nach dem übrigen Reichsgebiet kam.

So zeigte die Gesamtwirtschaftslage Schlesiens gegen Ende des Jahres 1932 ein durchaus düsteres Bild, als durch die Machtergreifung des Führers im Reich sich ein Umwälzung auch für Schlesiens Wirtschaft anbahnte. Entsprechend dem allgemeinen Programm land auch in Schlesien der Kampf zunächst unter dem Motto: Befreiung der Arbeitslosigkeit. Schon durch die Regierung waren ein Programm für Kostensenkungen größeren Umfangs eingeleitet, von dem in erster Linie die schlesischen Gemeinden, Kreise und Provinzialverbände Gebrauch machten. Die Arbeitslosigkeit unter dem Zeichen Hitlers begann dann durch das Gesetz vom 1. Juni 1933, das in dem sogenannten Reinhardt-Programm umfassende Maßnahmen auf allen Gebieten, nicht nur Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand, sondern auch Belebung des Binnenmarktes, der Siedlungsstätigkeit, steuerliche Entlastungen und Umschichtung des Arbeitsmarktes durch Förderung der Beschäftigung vorlieb. Schlesien hatte es naturgemäß durch seine anders geartete sozioökologische Struktur — es sind nur 36 v. H. der Einwohner in der Land- und Forstwirtschaft, dagegen 52 v. H. in Industrie, Handwerk, Verkehrswirtschaft — selbstständig schwerer, die erforderlichen Arbeitslosengelder herabzubringen, was es überwiegend agrarische Gebiete wie Ostpreußen, Grenzmark und Pommern konnten. Erledigt allem ist es gelungen, die im Januar 1933 346 254 betragende Erwerbslosen Zahl im Bereich des Landeserwerbsbezirks Schlesien bis zum 1. August d. J. auf 194 304 herabzubringen, wobei allerdings der Verhältnisfuß mit 42,7 auf Tausend immer noch über dem Reichsdurchschnitt, der bei 39,8 liegt, steht. Dies trifft insbesondere für die schlesischen Industriegebiete zu. So waren im Waldenburg-Bezirk noch immer 51 Arbeitslose, im ober-schlesischen Industriebezirk 53 Arbeitslose auf tausend Einwohner gezählt, während nach wie vor die Provinzialhauptstadt Breslau mit 81 auf Tausend nahezu an der Spitze aller deutschen Großstädte marschiert. Einige weitere Krisenherde blieben insbesondere in der Webergegend des Culenagebirges bestehen.

Ganz allgemein ist festzustellen, daß die öffentlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Verfolg des Reinhardt-Programms auch in Schlesien den konjunkturellen Auftrieb überbrückt haben. Entscheidend war es jedoch für die Zukunft sein, ob und in welchem Umfang namentlich die Privatwirtschaft in der Lage sein wird, aus eigenen Mitteln den Beschäftigungsbedarf zu decken. Anzeichen können auch hier schon einige hoffnungsfrohende Anläufe für Schlesien festgestellt werden, so vor allem hinsichtlich der Kapitalverfugung, die sich namentlich in der Steigerung der Giro-, Scheck-, Kontokorrent- und Deposteneinlagen bei den schlesischen Sparkassen auswirkt. Die Sparkasseneinlagen betragen am 1. Juli d. J. bereits rund 138 Mill. auf den Kopf der Bevölkerung gegenüber 114,4 Mill. am gleichen Tage des Vorjahres, lagen damit aber immer noch erheblich

unter dem Durchschnittsatz des Reiches, der 178,9 Mill. auf den Kopf der Bevölkerung beträgt. Erfreulich an dieser Ziffer ist vor allem, daß damit die Beteiligung der mittelschlesischen Wirtschaft am Konjunkturamtung zum Ausdruck kommt. Auch das gesamte Arbeitslosenomen hat sich seit seinem Tiefstande bereits um etwa 17 v. H. gehoben. Es ist zu hoffen, daß die bereits angekündigte umfassende Steuer- und Finanzreform weiterhin zur Hebung des Einkommens und damit zur Kapitalbildung, die letzten Endes eine Voraussetzung für die Kapital- und Kreditverfugung der Wirtschaft und damit für die Arbeitsbeschaffung ist, bringen wird.

Überbeseitigen kann nicht übersehen werden, daß die letzten Monate die Wirtschaft schlesischer Entwicklung auch mancherlei Hemmnisse gebracht haben, die vor allem in der Abschwächung unserer Handelsbilanz und in der dadurch bedingten Entzumpfung unserer Devisenporträte, die wiederum zur Rohstoffknappheit und Einschränkung in der Beschäftigung mancher Industriezweige führen mußten, ihren Grund haben. Um hier einem Wiederanstieg der Erwerbslosigkeit entgegenzuwirken, wird die öffentliche Hand wie die Privatwirtschaft auch in Schlesien alle Anstrengungen machen müssen. Die im Gang befindlichen großen Arbeitsarbeiten und die inzwischen erfruchtbarweise wieder gelockerte Forderung in der Einstellung weiterer Kostenarbeitskräfte werden hier dem Arbeitsmarkt eine Stütze sein.

Entsprechend der oben dargelegten zünftigen Belastung, die Schlesien als Wirtschaftsorganismus infolge der Grenzöffnung unter Zerrissenheit seines organischen Wirtschaftsraumes zu tragen hat, werden aber über die allgemeinen Maßnahmen zur Hebung der Wirtschaft auf arbeitsmarktpolitischen Gebiete hinaus weitere besondere Maßnahmen erforderlich sein. Hierbei geht vor allem eine Erleichterung der durch die Wirtschaftskrise Schlesien auferlegten Voraussetzungen durch eine hinreichende Verkürzung der Straßbahn für die Hauptzweige seiner Wirtschaft. Ein umfangreiches Straßenaufbauprogramm ist bereits seit längerer Zeit den zünftigen Reichsbahnplänen vorgelegt. Weiter gehören hierhin Maßnahmen auf verkehrspolitischen Gebiet, insbesondere die rasche und planmäßige Durchführung des Ausbaus der Ober- und Mittelstraßen, deren Unzulänglichkeit sich in den beiden trockenen Jahren 1933/34 wieder gezeigt hat. Dank der Initiative des Oberpräsidenten sind hier bereits entscheidende Schritte getan, so die Anagnirrhahme des Staubeckkanals bei Curama, deren Ergänzung durch weitere Speicherbekken in Nieder- und Oberelsaß geplant ist. Hierbei geht auch die Anagnirrhahme des Adolff-Hiller-Kanals, der den ober-schlesischen Industriebezirk in den Genuß einer leistungsfähigen Wasserstraße bringen soll. Darüber hinaus werden die bereits seit langem vorliegenden Kanalpläne, wie der Elbe-Oder- und der Oder-Danau-Kanal weiter gefördert werden müssen.

Die weitere verkehrsmäßige Erschließung Schlesiens ist durch die Anagnirrhahme der Reichsautobahn Berlin-Breslau-Ober-schlesien angedeutet. Die Planung einer weiteren Reichsautobahn Dresden-Breslau schreitet fort. Auch eine Verbesserung und Ergänzung des vielfach zerfallenen Eisenbahnnetzes ist notwendig.

Darüber hinaus ist Schlesien naturgemäß an einer weiteren Anbahnung normaler Handels- und Verkehrsmittel mit seinen Nachbarländern, insbesondere Polen, härtestens interessiert.

Wie unser Führer die Orientierung des deutschen Volkes zu einer der Grundlagen seiner Außenpolitik gemacht hat, so steht zu hoffen, daß auch auf dem Gebiet der schlesischen Wirtschaft diese Orientierung sich fruchtbar auswirken und zu einem Wiederaufstieg auch in Schlesien führen wird.

Aufbauarbeit in Ostpreußen.

Im Auftrage des Oberpräsidenten in Königsberg ist in diesen Tagen auf Grund amtlicher Quellen ein Rechenschaftsbericht erschienen, der die Aufbauarbeit in Ostpreußen im nationalsozialistischen Reich schildert.

Ostpreußen hat auch bis heute seinen Charakter als Agrarprovinz trotz mancher Ansätze zur Industrieentwicklung ziemlich unverändert behalten. Die Provinz hatte im Jahre 1861 eine Gesamtbevölkerung von rund 1 865 000, erreichte während dem heutigen Gebietsstand im Provinz Ostpreußen gegenüber 2 333 000 nach der letzten Volkszählung am 16. Juni 1933. Der Bevölkerungsstand hat sich also in 72 Jahren nur um rund 477 000 Menschen = 25,7 v. H. vergrößert, während zum Vergleich beispielsweise die Provinzen Rheinland und Westfalen im 137,1 v. H. bzw. 211,4 v. H. zugenommen haben. Schaltet man aus dieser Entwicklung den Bevölkerungsstand der größeren Städte Königsberg, Elbing, Elstertal, Allenstein und Insterburg aus, so sind die Zahlen noch bemerkenswerter. Ohne diese Städte hat der Bevölkerungszuwachs in Ostpreußen in diesem Zeitabschnitt nur rund 100 000 Menschen = 5,4 v. H. betragen.

Die wirtschaftliche Kraft eines Gebietes bemißt sich am besten nach der Steuerkraftsziffer. Ostpreußen ist hier der weitest schwächste deutsche Landesteil. Sogar die Agrarprovinz Pommern liegt um 50 v. H. in seiner wirtschaftlichen Kraft höher, Brandenburg ohne Berlin um 100 v. H. und Schleswig-Holstein sogar

um 150 v. H. höher. Die Gebenden, in denen sich die kapitalistische Entwicklung am härtesten vollzog, waren in ihrer wirtschaftlichen Kraft Ostpreußen weit überlegen. So zum Beispiel der Freistaat Sachsen um 400 v. H., Berlin sogar 650 v. H.

Ostpreußen braucht unter allen Umständen mehr Menschen. Die landwirtschaftliche Siedlung allein kann dieses Mehr an Menschen nicht bringen. Die Schaffung eines gesunden deutschen Bauerntums gehört zu den Grundzügen nationalsozialistischer Staatspolitik, und es ist deshalb selbstverständlich, daß kein Mittel unterbleiben darf, um diesem Grundloß in einer Agrarprovinz wie Ostpreußen weitgehend Geltung zu verschaffen. Die nationalsozialistische Führung Ostpreußens ist sich jedoch bewußt, daß diese Maßnahmen allein nicht ausreichen, sondern daß darüber hinaus eine Sonderpolitik in Ostpreußen notwendig ist, die die Erfüllung der großen Aufgabe als auch aus allgemein nationalpolitischen Gründen von zwingender Notwendigkeit ist.

Seit Juni 1933 hat Ostpreußen insgesamt rund 1400 Kilometer Straßen in neuem Bau begonnen oder verbessert, hat als gleichbedeutend mit einer Strecke von Königsberg bis Babelsberg. Wegen ihrer überragenden Stellung auf dem Gebiet des Straßenbaus steht Ostpreußen im Zeichen intensiven Interesses Gesamtdeutsches und des Auslandes. Der Fremdenverkehr ist in außerordentlichem Wachstum begriffen. Die

Strafenfrage ist also für Ostpreußen nicht nur binnenwirtschaftlich außerordentlich wichtig, sondern für das gesamte Volk und darüber hinaus auch für das Ausland, das die Provinz in wachsendem Maße befehrt.

In Ostpreußen sind bei einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von insgesamt rund 2,6 Millionen Hektar noch rund 900.000 Hektar ungenutzt und deshalb unfruchtbar. Das bedeutet praktisch, daß noch rund ein Drittel des gesamten ostpreussischen Bodens in Kulturpflege zu nehmen ist. Die derzeitige Dreifelderbauweise beweist deutlich, wie weit Deutschland darauf angewiesen ist, die Kräfte seines Bodens nutzbar zu machen, um in seiner Ernährungswirtschaft die notwendige Unabhängigkeit vom Auslande zu erlangen. Es muß also noch ein weiter Weg durchgemessen werden, um diese innen- und außenpolitisch gleich wichtige Aufgabe in Ostpreußen einer Lösung zuzuführen. In welchem Umfange die Bautätigkeit in Ostpreußen in dem zurückliegenden Jahre gestiegen ist, dafür liefert die Statistik folgende Beispiele: Die Verknüpfung des ostpreussischen Bodens mit dem Eisenbahnbau, soweit es gebirgsabhängig erfolgt ist, betrug im letzten Jahr das Dreifache und wird im kommenden Jahr voraussichtlich das Siebenfache der Volumenleistung des Jahres 1932 betragen.

Kennzeichnend für die Lage Ostpreußens im alten System ist die Tatsache, daß in den vergangenen Jahrzehnten eine starke Abwanderung von Osten nach dem Westen stattgefunden hat, eine Wanderungsbewegung, die genau im Gegensatz zur der Richtung steht, die für unser Volk sich als zukunftsträchtig im Laufe seiner Geschichte erweisen hat. Diese Richtung geht vom Westen nach dem Osten. Alle Wanderbewegungen in anderer Richtung haben sich als großen Schaden für unser Volk erwiesen, wie dies schon der Weltkrieg zeigt, der die erfreuliche Tatsache feststellte, daß der Zug nach dem Westen aufgebört hat und der volksgesunde Rückstrom nach dem Osten einsetzten beginnt. Die ostpreussische Wanderungspolitik hat ergeben, daß Ostpreußen bereits in dem Jahr des herauszufindenden Nationalsozialismus ein wenig, wenn auch geringen

Wanderungsgewinn im Verkehr mit Rheinland und Westfalen buchen konnte, der dann 1933 auf über 4000 Menschen angewachsen ist.

Nach dem hier zusammengetragenen Stoffmaterial kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die ostpreussische Wirtschaft durch die Arbeitsbeschaffung eine außerordentlich starke Steigerung erfahren hat. Allein die Zunahme der Sparkassen einliefen um 26 Millionen Reichsmark binnen Jahresfrist — die erheblich über dem Reichsbudgethohlr liegt — spricht überausgenügend für die fortschreitende Besserung der allgemeinen Wirtschaftsfrage. Andererseits darf diese Belebung aber in ihrer Auswirkung für die Kommunalfinanzen nicht übersehen werden. Denn erstens ist die Wirtschaft Ostpreußens — wie die Steuerkraftverhältnisse beweisen — in einem weit höheren Maße notleidend als die anderer Vorbestände des Deutschen Reiches. Zum anderen ist aber zu berücksichtigen, daß eine fühlbare Besserung im Status der Kommunalanlagen von der Wirtschaft her sich erst zeigen kann, wenn die finanziell notwendige Veranlagung auf Grund der neuen Konsumkurve sich nicht, also frühestens im Jahre 1935 bzw. 1936, Reich und Staat werden also bis auf weiteres die seit Jahren üblichen Aufwendungen für Ostpreußen nicht schmälern dürfen. Denn es muß verhindert werden, daß die Gemeindefinanzen von neuem überlastet werden, weil dann auch die aus der Belebung erwachsenden erhöhten kommunalen Einnahmen dieses doppelte Hindernis der früheren Miswirtschaft und der neuen Belebung nicht ausgleichen können. Der Rückgang der Mittel für die öffentlichen Wohlfahrtsmaßnahmen, der durch die Arbeitslosigkeit ergibt ist, hat für Reich und Staat bereits Erfahrungen in bezug auf Ostpreußen zur Folge gehabt, die größer sind als die besonderen Summanden, die Ostpreußen von Reich und Staat zur Durchführung seiner Arbeitslosigkeit erhalten hat.

Quertreibereien gegen Danzig.

In der polnischen Presse wurden in letzter Zeit vielfach Gerüchte über einen angeblichen Konflikt zwischen dem Danziger Senaleiter Albert Forster und dem Senatspräsidenten Dr. Kaufmänn verbreitet. Forster, so hieß es, ist, im „Kurier Danzig“, habe an die Danziger Regierung eine Note mit sechs Forderungen gestellt, deren Erfüllung von Dr. Kaufmänn abgelehnt worden sei, weil er sich Forster verweigert habe. Verbot der Oppositionspresse in Danzig für die Dauer mehrerer Monate, Ausweisung des Herausgebers des „Danziger Echo“, des Juden Domy, Verhaftung aller katholischen Geistlichen, über die die Partei belastendes Material besitze, Entlassung bestimmter Mitarbeiter des Senatspräsidenten und Durchführung polizeilicher Maßnahmen gegen sämtliche oppositionelle Parteiorganisationen, insbesondere gegen den Allgemeinen Sozialistischen Arbeiterbund. Die Gefährlichkeit, mit der von einigen Blättern derartige Nachrichten verbreitet worden sind, läßt sich durch die Ablicht erkennen, das Vertrauen des Auslandes in die Selbstheilung der Danziger politischen Verhältnisse zu schwächen und dadurch die Aufmerksamkeit der freien Stadt zu lösen. Um den Gerüchten entgegenzutreten, hat die RSDAP, am 9. Oktober in acht Majennersammlungen die Geslossenheit und Festigkeit des Danziger Deutschtums demonstriert. In diesen Versammlungen haben die führenden Persönlichkeiten der beiden angeblich miteinander „verfeindeten“ Partei und Regierung, gelprochen: Senaleiter Forster, Senatspräsident Dr. Greiser und Senator Boeck. Vor allem der erste dieser Redner, Senaleiter Forster, wurde sehr deutlich. Er führte u. a. aus:

„Wenn unsere Gegner heute behaupten, daß ein Kampf zwischen Partei und Regierung ausgebrochen sei, dann ist das ein Zeichen, das den Menschen gerade heute so ist das ein Zeichen, der von den Menschen den Menschen kaum geglaubt werden kann. Die Männer, die heute in der Regierung sitzen, sind unsere Kameraden aus der Kampfzeit, sie denken wie wir und können infolgedessen auch nicht anders handeln als wir, nämlich nationalsozialistisch. Diese Männer können sich nicht selbst verleugnen. Sie können nicht gegen die Grundzüge einer Partei regieren, die ihnen die innere Kraft für ihr Amt gab. Es wäre für Danzig ein großes Unglück, wenn in diesem Winter Volk und Regierung uneins wären. Nur wenn wir erst in einem Strömung ziehen, kann unsere Politik zu einem dauernden Erfolg werden. Die Forderungen der Partei sind vollständig nach den Richtlinien der Forderungen, welche die Partei an die Regierung gestellt haben soll. Was haben sich die Abhörer dieser Nachrichten wohl dabei gedacht. Forderungen stellt man doch nur an einen Feind, und der Gedanke, daß wir mit dem Senat oder einem der Senatoren, die von der Partei präsentiert worden sind, verfeindet sein sollen, ist doch reichlich lächerlich. Aus der Tatsache, daß der Senatspräsident sehr krank ist und sich schon seit einiger Zeit in Urlaub befindet, will man den Rückschluß ziehen, daß zwischen ihm und mir, also zwischen Partei und Staat, Unfruchtbarkeiten bestehen. Der Senatspräsident hat seine Krankheit durch die Gogartigkeit geklärt, bis zu einem Tages nicht mehr ging. Da einem Nationalsozialisten wohl scheinbar alles als Grund herhalten muß, selbst eine Krankheit, die doch jeden Menschen erreichen kann. . . . Augenscheinlich schwinde Gerüchte von einer Regierungskrise in der Stadt herum. Die Herren, die das geglaubt haben, werden seit-

stellen können, daß sie sich haben anführen lassen, und die darauf irgendwelche Hoffnungen gesetzt haben, dürfen eine bittere Enttäuschung erleben. In Danzig wird keine Regierungskrise kommen.“

Es ist hier erklärt, daß gerade bei uns das Gerücht von Streit, die von den deutschen Wohlfahrtsverbänden, der Streikbewegung, die Störungsfaktor angesehen wird. In der freien Stadt Danzig ist es möglich, daß sich die Kräfte der Reich und Reich vollkommen erledigten Parteien noch betätigen können. Wir führen unsere Macht nicht auf eine starke Heranziehung der staatlichen Mittel, wir wenden keinen Terror an und haben die Verfassung als ethische Menschen nicht gebrochen oder hintergangen. Trotz aller Schwierigkeiten, die wir nicht überwinden können, ist es gelungen, so manches zu erreichen, und es wird niemanden in diesem Saale geben, der aufstehen kann und sagen, daß wir uns am Volke verstoßen haben. Niemand in diesem Saale will sagen, daß wir, soweit es mit unseren beschränkten Mitteln in Danzig möglich war, die Arbeitslosigkeit eingedämmt haben. Nach Jahren des Anstieges der Arbeitslosigkeit ist es jetzt endlich wieder soweit, daß die Arbeitslosigkeit in großem Maße abnimmt. Auch wir können die Arbeitslosigkeit nicht von heute auf morgen beseitigen, aber wir vertrauen darauf, daß dieses Ziel auch in Danzig erreicht werden kann, wenn Sie, meine deutschen Volksgenossen, uns vertrauen.

Heute ist der Friede nach außen und innen in meinem Maße wieder hergestellt. Denken Sie doch nur daran, welche Unfreiheit vor einigen Jahren in den Straßen herrschte, und wie die polnische Herrschaft einen Strauß zwischen den Menschen in Danzig haben muß unsere Ablicht, mit dem Reichsbund Polen geregelte Beziehungen aufzunehmen, durchgeführt. In dem feindlichen Nebeneinander zwischen Danzig und Polen lag nicht nur eine große Gefahr für den Frieden, sondern auch für die Entwicklung des Handels und des Gedendens der Wirtschaft, ohne die wir als Volk nicht bestehen können. Die Lage Danzigs erfordert Ruhe, wenn wir vorwärts kommen wollen. An so einem Platz müßte ein Unfrieden, wie er zum Beispiel durch den Klassenkampf unter die Menschen gebracht wird, zum Untergang des Volkstums führen. . . . Mit aller Ruhe können wir auf die Zukunft vertrauen, wenn die 400.000 deutschen Menschen in Danzig sich zum Leben haben. Wir haben die Pflicht, uns dem Streikbewegung des Deutschen Reiches anzuschließen, und die Bevölkerung braucht eine Führung, die das Deutschtum in Danzig zu verteidigen versteht. Wir halten die Jahre Adolf Hitlers in Ehren, und solange wir die Macht in der Hand haben, wird Danzig's Deutschtum nicht verloren gehen.“

Senatspräsident Dr. Kaufmänn veröffentlichte am 17. Oktober folgende Erklärung: „Ich erkläre hiermit, daß alle in der letzten Zeit in der polnischen und sonstigen ausländischen Presse aufgestellten Behauptungen über einen Streit zwischen dem Senaleiter in Danzig und dem Senatspräsidenten, Herrn Forster, und mir unrichtig sind. Wenn alle diese Behauptungen, an meine schon seit längerer Zeit bestehende Krankheit die Behauptungen knüpfen, so ist daraus zu erkennen, daß Kräfte am Werke sind, die der sowohl von der Partei als auch von der Regierung gewollten und durchgeführten Verleibung mit Polen entgegenarbeiten.“

„Eine lymphatische Druckschrift.“

So bezeichnet der Krakauer „*„Litwowany Kurjer*“ Codzienny“, eine seit kurzem unter dem Titel „*„Grekokatolik*“ erscheinende Zeitschrift, die sich als das „Organ der Polen des griechisch-katholischen Ritus“ ausgibt. Das Erscheinen dieses Blattes ist volks- und kirchenpolitisch recht interessant. Es gibt in Galizien einige hunderttausend Anhänger des griechisch-katholischen Ritus, der sich vom griechisch-orthodoxen Ritus v. B. dadurch unterscheidet, daß er den Papst anerkennt. Die Anhänger dieses Ritus sind durchaus Ukrainer, und zwar vor allem die Angehörigen des nördlich des San lebenden Stammes der Polacken. Von polnischer Seite ist der Unterschied, der sie von den griechisch-orthodoxen Ukrainern trennt, von jeder in nationalpolitischem Sinne ausgenutzt worden. Polnischereits ist stets versucht worden, die noch bestehenden Unterschiede zwischen dem griechisch-katholischen und dem römisch-katholischen Ritus immer mehr zu verflachen, um schließlich eine völlige Einordnung des ersteren in die Sphäre der römischen Kirche vorzunehmen und damit zugleich auch der nationalen Affirmierung der griechisch-katholischen Ukrainer die Wege zu ebnen. Diese politischen Bestrebungen, die sich mit den Zielen der römischen Kirche decken, sind noch eher auf den Widerstand der ukrainischen Gläubigen gestoßen, die in dem Metropolitansystem der Ukraine auf dem Boden der polnischen Staatlichkeit, zugleich aber volksbekanntlich, angesehenen Führer besitzen. Es ist mit großer Vorliebe aufgenommen, wenn sich der Krakauer „*„Kurjer*“ in seiner erwähnten Mitteilung darauf beruft, daß „sich in Lemberg noch vor dem Kriege bei der Volkszählung von 1910 fast die Hälfte der griechischen Katholiken als „Polen ausgegeben haben“. Doch sich die Anhänger des griechisch-katholischen Ritus tatsächlich als Ukrainer fühlen, hat die Entwicklung seit dem Kriege gezeigt. Wenn es früher polnische Landesherrn unter den Anhängern dieses Ritus gesehen hat, so muß der Krakauer „*„Kurjer*“ doch zugeben, daß heute davon kaum noch die Rede sein kann. „Im freien Polen“, schreibt das Blatt, „sind sich jeder niemand um die Sache dieser „Grek-Polen“ gekümmert, und was Lemberg anbetrifft, so ging sogar i. J. 1923 der letzte griechisch-polnische Vorposten in dieser Stadt, die Pfarrei in der Salkiewer Vorstadt, in die Hände der Ukrainer über.“ Es ist nicht so, wie der Krakauer „*„Kurjer*“ schreibt, daß sich niemand um die sog. „Grek-Polen“ gekümmert hätte. Sondern die polnische Politik gegenüber den Ukrainern war vielmehr so, daß sie die etwa vorhandenen Ansätze eines kirchlichen und nationalen Ausgleichs zwischen dem griechisch-katholischen Ukrainertum und dem römisch-katholischen Polentum aufhakte. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, sog. „Grek-Polen“ zu schaffen. Aber diese Versuche blieben im allgemeinen ohne Erfolg. Wann jetzt — natürlich nicht von ukrainischer, sondern von nationalpolnischer Seite — ein Blatt wie der „*„Grek-Katolik*“ erscheint, so bedeutet das einen neuen Versuch, auf dem Weg über die Kirche einen Teil der ukrainischen Bevölkerung Galiziens ihrem Volkstum zu entfremden und wieder eine Entwicklung in Fluss zu bringen, wie es sie schon einmal in den Zeiten des altpolnischen Reiches gegeben hat: einen Menschentyp zu schaffen, der sich als „gente nationale polonaise“ behaupten, das heißt, als ukrainischer Abstammung, aber polnischer Nation, bezeichnet. Die Bestrebungen, die von polnischer Seite in dieser Hinsicht unternommen werden, verdienen die härteste Beachtung; denn sie sind sowohl volks- wie kirchenpolitisch für die Zukunft dieses Teiles von Ostmitteleuropa von großer Bedeutung. Der Krakauer „*„Kurjer*“ müßte „dieser interessanten und lymphatischen Bewegung unserer Landesleute vom griechischen Ritus die beste Entwicklung und Unterstützung von Seiten des polnischen Volkes“. Das sagt genug.

Die Studenten in Polen.

In Polen ist, wie in allen jungen Staaten des Ostens, der Andrang zum akademischen Studium außerordentlich stark. An den 24 Hochschuleinrichtungen des polnischen Polens werden etwa 50 000 Hörer geführt. Der Andrang ist so groß, daß auf manchen Fakultäten nur noch ein Bruchteil der Zeugniseinhaber angenommen werden kann. An der Warschauer, der größten polnischen Universität, haben sich in diesem Wintersemester über 2500 Studenten neu angemeldet; davon 500 an der medizinischen Fakultät, während dort nur 135 Plätze zur Verfügung standen, von denen 35 den Militärärzten vorbehalten sind. Am Ende des Schuljahres 1932/33 haben in Polen 14 436 Schüler die Reifeprüfung bestanden; davon haben sich über neun Zehntel, nämlich 13 186, dem akademischen Studium zugewandt, und zwar die 9224 männlichen Abiturienten restlos und von den 5212 weiblichen nicht weniger als 3965. In allen Fakultäten, außer der theologischen und einigen Abteilungen der philologischen, wird die Aufnahme auf die Universität von der Zahl der verfügbaren Plätze abhängig gemacht, nicht nur an den Warschauer, sondern auch an den anderen Hochschulen des Landes. Um die Zahl der sich neu Anmeldenden weiter herunterzuführen, ist in diesem Jahre eine ärztliche Untersuchung eingeführt worden.

Der Platzmangel und die Unterfüllung gibt den polnischen Universitätsbehörden die Möglichkeit, auch in nationaler Hinsicht eine Eingangs- und Abgangsregel einleiten durchzuführen. Besonders die Ukrainer beklagen sich über eine willkürliche Verteilung bei der Zulassung ihrer Jugend zur Hochschule in Polen. Im vergangenen Jahre sind v. B. an der medizinischen Fakultät der Universität Lemberg von 100 gemeldeten Ukrainern nur 5 zugelassen worden, und das von der Universität eines Landes, in dem die Ukrainer die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bilden und überdies einen vertraglichen (aber nicht erfüllten) Anspruch auf eine eigene ukrainische Universität besitzen. Umgekehrt haben sich die Juden in Polen bisher eines weitgehenden Entgegenkommens der polnischen Hochschuleinrichtungen erfreuen können. Sie bilden etwa 10 v. H. der Gesamtbevölkerung Polens, sind mit über 9000 Studenten an der Gesamthochschulzahl der Universitäten, also mit etwa 21 v. H., beteiligt. Die polnische Hochschulstatistik enthält keine Angaben über die Volkszugehörigkeit der Studierenden, sondern nur Angaben über das Glaubensbekenntnis. Da sich Volkstum und Bekenntnis nicht immer decken, lassen sich aus der Statistik nur annähernd zurechenbare Anhaltspunkte für die nationale Gliederung der Studentenschaft gewinnen. Im letzten Studienjahr gab es 36 054 römisch-katholische, 1788 griechisch-katholische, 1303 Evangelische, 8439 jüdische Juden, 159 andere und 735 ohne Bekenntnisausgabe. Da die Zahl der katholischen Deutschen ungefähr derjenigen der protestantischen Polen gleich sein dürfte, kann man die Zahl der studierenden Evangelischen etwa derjenigen Zahl der studierenden Deutschen gleichsetzen. Es studierten also rund 1200 Deutsche. In den Vereinen der deutschen Hochschuljünger an den verschiedenen Universitäten usw. sind etwa 400 bis 450 deutsche Studenten zusammengeschlossen. Die griechisch-katholischen und etwa zwei Drittel der Griechisch-orthodoxen sind als Ukrainer anzusehen, das sind 2600. Etwa 300 Griechisch-orthodoxe mögen Russen und Weißrussen sein. Die Zahl der in Polen studierenden Litauer wird auf ungefähr 100 geschätzt. Die Juden, in gesamt also 9100. Ungarn sind hierbei die zum katholischen oder einem anderen Bekenntnis übergetretenen Juden, so daß sich die Gesamtzahl der in Polen studierenden Juden zweifelslos noch weiter erhöht.

Litauische Butter.

Der Butterexport Litauens hat vor allem seit 1926 einen außerordentlichen Aufschwung. Seit diesem Jahre ist die Butter zu einer der wichtigsten litauischen Exportwaren geworden. Produktion, Verarbeitung und Absatz sind gut organisiert. Das litauische „Zentralgenossenschaftsamt“, dessen Anfang in das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts zurückzuführen ist, hat sich bei der Gründung des Zentralverbandes der litauischen Meiereien (der „*„Pienocentras*“) im Jahre 1926 in geradezu amerikanischem Tempo entwickelt. Dieser Zentralverband hat das ganze Land mit einem Netz von Meiereieinrichtungen überzogen und durch einen großen Stab von Instrukteuren für die quantitative und qualitative Hebung der Milch- und damit der Butterzeugung gesorgt. Im Verein mit der Landwirtschaftskammer wurden Versuchsringe geschaffen, Züchtungs-, Fütterungs- und Futteranbauversuche vorgenommen, Kontroll- und Sanatoriums gegründet. Im Jahre 1928 sieht man 50 v. H. des gesamten litauischen Butterexportes über die „*„Pienocentras*“, 1933 bereits 80 v. H. Im Jahre 1929 wurden nur etwa 17 v. H. erstklassige Standardbutter ausgeführt, 1933 bereits 75 v. H. In diesen Zahlen spiegelt sich der Erfolg der Arbeit des Zentralverbandes, wie überhaupt die fortschreitende erfolgreiche Umstellung der litauischen Landwirtschaft vom Getreidebau auf die Viehwirtschaft.

Die Entwicklung der Molkeerzeugnisseformen läßt sich aus folgenden Zahlen entnehmen. 1924 wurden von den Genossenschaften nur 53 Tonnen Butter produziert; davon kamen 32 Tonnen zum Export. 1926 war die Produktion auf 1034 Tonnen gestiegen; davon wurden 788 Tonnen exportiert. 1930 betrug die Produktion bereits 6369 Tonnen, von denen 6029 Tonnen ausgeführt wurden. Abernächst hat sich der Butterexport der Genossenschaften im Jahre 1932 mit 10 289 Tonnen; davon kamen 9267 Tonne zum Ausfuhr. Im vergangenen Jahr war ein Rückgang infolge in der Erzeugung (auf 9853 Tonne) wie in der Ausfuhr (auf 8692 Tonne) zu verzeichnen. Der meistaus größte Teil der von den Molkeerzeugnisseformen hergestellten Butter wurde ausgeführt, und zwar 1929 rund 92 v. H., 1930 fast 95 v. H., 1932 rund 90 v. H. und 1933 über 88 v. H. Neben dem Butterexport der Molkeerzeugnisseformen trat der nicht genossenschaftlich organisierte Export in den letzten Jahren ständig zurück. Im Jahre 1932 wurde fast überhaupt nur Genossenschaftsbutter ausgeführt; von den 9528 Tonne, die in diesem Jahre zur Ausfuhr kamen, fielen 9267 Tonne aus den Molkeerzeugnisseformen; 1933 betrug der Gesamtbutterexport Litauens 9580 Tonne; davon waren 8692 Tonne Genossenschaftsbutter. Der Aufschwung der litauischen Butterausfuhr ist also ganz eindeutig ein Erfolg des gut ent-

nickelten Genossenschaftswesens. Allerdings wäre dieser Aufschwung ohne staatliche Hilfe kaum möglich gewesen. Das litauische Landwirtschaftsministerium hat Jahr für Jahr erhebliche Mittel zur Stützung des Butterpreises aufgewandt. In den letzten vier Jahren 1930 bis 1933 hat es nicht weniger als 17,5 Mill. Lit. für diesen Zweck zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 1934 noch eine weitere Steigerung der litauischen Milchproduktion und damit der Buttererzeugung möglich. Bisher ist nämlich nur etwa ein Viertel der Milch erzeugt durch die Genossenschaften erfasst. Dagegen leben noch etwa drei Viertel der Landwirte mit durchschnittlich 2 bis 3 Kühen den Genossenschaften fern. In den einzelnen Landesteilen ist das Milcheiwerntgenossenschaftswesen sehr verschieden stark entwickelt. Während im nördlichen Litauen etwa 50 v. H. der Landwirte an der Milchlieferung der Milcheiwerntgenossenschaft teil, sind im südöstlichen Litauen nur etwa 15 v. H. der Landwirte den Milcheiwerntgenossenschaften erfasst. Zur Zeit wird eine rasche Weiterentwicklung des Milcheiwerntgenossenschaftswesens im Hinblick auf die Milchpreise abgesehen. Der Bauer erhält für den Liter Milch nur etwa 2 Pf., bei einem solchen Preise sieht er es vor, die Milch an das Vieh zu verfüttern. Die Genossenschaften aber sind nicht in der Lage, ihm die Milch besser zu bezahlen, da sie trotz der vom Staat aufgewandten Mittel zur Stützung des Butterpreises mit wachsenden Schwierigkeiten in der Export von Butter, die ihr meistaus wichtigstes Erzeugnis ist, zu kämpfen haben. Schon im Jahre 1932, als der litauische Butterexport und die genossenschaftliche Butterproduktion auf dem Höhepunkt standen, arbeiteten nur 60 v. H. der Genossenschaftsmilchproduzenten gegen 84 mit Buttererzeugung. Seitdem haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert, und es ist anzunehmen, daß heute der meistaus größte Teil der litauischen Genossenschaften mit Verlust arbeitet.

Wenn in den letzten Jahren haben sich die Exportbedingungen für litauische Butter in geradezu katastrophaler Weise verschlechtert. Nicht nur haben die meisten Länder ihre Butterimporte kontingentiert, sondern die Butterexportpreise sind auch erheblich gesunken. Die beiden Hauptabnehmer litauischer Butter sind England und Deutschland. Im Jahre 1929 gingen 72,1 v. H. der litauischen Butterexporte nach Deutschland, 1930 sogar 74,1 v. H. Seitdem ist ein rascher Rückgang der Ausfuhr nach Deutschland eingetreten; der deutsche Anteil betrug 1931 und 1932 nur noch 45,5 bzw. 45,4 v. H. des Gesamtbuttermports; er sank 1933 auf 24,6 v. H. und belief sich im ersten Halbjahr 1934 nur noch auf 4,0 v. H. An Deutschlands Stelle ist England getreten. Dessen Anteil am litauischen Butterexport betrug 1929: 24,5 v. H. und stieg nach einem Rückgang in den beiden folgenden Jahren im Jahre 1932 auf 29,5 v. H., im Jahre 1933 auf 65,6 v. H. und im ersten Halbjahr 1934 auf 77,5 v. H. England und Deutschland kommt nur noch in Belgien als größerer Abnehmer litauischer Butter in Betracht; es war im ersten Halbjahr 1934 mit 8,5 v. H. am Gesamtbuttermport beteiligt. Die völlig verschiedene Bedeutung,

die Deutschland und England als Butterkäufer für Litauen besitzen, läßt sich aus folgender Gegenüberstellung der dorthin exportierten Mengen und der hierfür erzielten Preise erfassen:

Jahr	England		Deutschland	
	Tonnen	Gelde (in 1000 Lit.)	Tonnen	Gelde (in 1000 Lit.)
1930	1 300	8 300	5 900	37 300
1931	2 020	10 950	5 850	31 600
1932	3 700	14 900	5 500	24 100
1933	5 500	10 450	2 000	10 950
1. HalbJ. 1934	3 100	4 480	160	540

Der englische Markt ist, wie ein Blick auf diese Übersicht zeigt, kein günstigerer Ertrag für den verlorenen deutschen Markt. Wenn die Butterpreise, die Litauen in England erzielen kann, nicht erheblich niedriger als die Preise, die Deutschland zahlt, die 5500 Tonnen Butter, die 1933 nach England exportiert wurden, erbrachten einen Gegenwert von 10,45 Mill. Lit.; d. h. ein Kilo Butter = 1,90 Lit. Dagegen erbrachten die 1933 nach Deutschland exportierten 2000 Tonnen Butter 10,09 Mill. Lit.; d. h. ein Kilo = 5,05 Lit. Den einträglichen Butterexport nach Deutschland hat Litauen verloren. Es hat dafür das sehr niedrige Preis zahlende England als Abnehmer gewonnen. Die auf dem englischen Markt zu erzielenden Butterpreise sind so niedrig, daß der Butterexport dorthin für Litauen ein Verlustgeschäft ist, das nur durch eine staatliche Stützungsaktion aufrechterhalten werden kann. Litauen hat im Jahre 1932 für den Export von 9900 Tonnen Butter 41,8 Mill. Lit. erhalten; im Jahre 1933 hat es für einen fast ebenso großen Export (9600 Tonnen) nur noch 22,9 Mill. Lit. erzielt.

Das bedeutet, daß die zweifellos großen Erfolge der genossenschaftlichen Organisierung der litauischen Landwirte durch den Kurs der litauischen Außenhandelspolitik ernstlich bedroht sind. Die Regierung in Rauen hatte es sich in den Kopf gesetzt, ihr Land wirtschaftlich von Deutschland zu "befreien". Dieses Ziel ist in hohem Maße erreicht. Allerdings ist dabei der litauische Bauer auf den Hund gekommen. Er kann sich dafür bei den abstoßenden Maßnahmen der Herren in Rauen bedanken. Es ist begrifflich, wenn diese Herren heute versuchen, Deutschland als Käufer zurückzugewinnen. Es ist aber eine dreiste Zumutung von ihnen, Deutschland zu einem handelspolitischen Entgegengerichte bewegen zu wollen, während sie zu gleicher Zeit ihre brutale Entschlossenheit im Niemandsland fortzuführen denken. Es muß entschieden abgelehnt werden, daß deutscherseits wirtschaftliche Zugeständnisse an Litauen gemacht werden, solange noch irgendwelche wirtschaftliche Maßnahmen im Niemandsland vorzunehmen sind. Wenn Litauen das Verbot durch Litauen zurückgeben will, dann soll es selbst darüber zu Grunde gehen.

Der Mittelweg des estländischen Staatspräsidenten Päts.

In ihrem amtlichen Verke und bei repräsentativen Gelegenheiten pflegen Veten und Elten sich gegenseitig als Brüderrollen zu bezeichnen. Sucht man indessen hinter der amtlichen Fassade betonter Herzlichkeit das feste Mauerwerk einer auf mehrheitlichen Verhältnissen gegründeten Verbundenheit von Volk zu Volk, so wird man entzückt müssen, daß man auf beiden Seiten der Grenze ein sehr hartes Auge für die nationalen Sehler und Schwächen des Nachbarn hat und die vorhandenen Punkte zu erkennen imstande ist. Das mag auf den ersten Blick befremdlich erscheinen, haben doch beide Völker eine so genau übereinstimmende Entwicklung aus einer Dauerfront ohne eigene Volksführung zu modernen europäischen Staatsvölkern durchgemacht, im gleichen Raum, unter den gleichen Verhältnisse und in derselben Zeit. Der Widerspruch löst sich auf, wenn man auf den russischen Ursprung zurückgeht. Die Elten sind ein Splitter der großen finnisch-ugrischen Völkerfamilie, die Veten dagegen nahe Verwandte der Finnen und der einstigen Wiberlader des Deutschen Ordens, der alten Preußen. Vertriebt wird der Arturistische auch noch durch den fraglos härteren nördlichen Einfluss, der bei den Elten der durch Wätschenherrschaften und durch finnisch-nordischer Herkunft seine Erklärung findet. Keine dieses Bevölkerungsanteils haben sich in einzelnen estländischen Küstenteilen und auf den kleinen Inseln im finnischen Meerbusen bis auf den heutigen Tag erhalten. Die Art des Elten, sich mit dem Veten auseinanderzusetzen, ist daher auch eine andere als beim Veten. Der Elte ist süder als sein Nachbar und hat den längeren Arm. Er ist geneigt, die Dinge langsam auszuweisen zu lassen, um dann allerdings sehr zuvorkommen, wenn ihm die Stunde des Handelns herbeigekommen scheint. Der Vete ist temperamentvoller, er befähigt nicht die Kunst des Abwartens und legt daher die Schritte langsamer aus und ist politisch weniger beweglich als sein Nachbar.

Veten und Elten sind zum ersten Mal in ihrer Geschichte heute nicht mehr Objekt, sondern Subjekt des politischen Geschehens im baltischen Raum. Solange ein fremder, aber einheitslicher Wille für die Geschicke ihrer Heimat maßgebend war, konnte die verschiedene Veranlagung beider Völker sich wenig auswirken. Das ist auch in der ersten, jetzt

abgeschlossenen Periode der politischen Selbständigkeit nicht der Fall gewesen, da diese sich innerhalb demokratischer Formen formierte, diesmal mehrheitlicher Prägung abspielte hat. Heute, wo beide Staaten um eine angemessene politische Gestaltung bemüht sind und fremde Einflüsse bemüht auszuschalten versuchen, zeigt es sich schon am Anfang des neuen Weges, wie verschieden geartet die beiden Völker sind. Der Übergang von der Parlamentsherrschaft zum Führungsstaat in Lettland ist tatsächlich über Nacht eingetreten, und der überraschte Bürger, der als ein ausländisches Volk in der Welt der Freiheit demokratischer Welt schloßen gegangen war, machte eines schönen Tages als beglückter und disziplinierter Gefolgsmann einer autoritären Regierung auf. Der Kampf um die neue politische Verfassung Estlands zieht sich schon jahrelang hin und ist auch heute noch keineswegs entschieden. Der „Jünger des Staates und Volkes“, wie Ulmanis in Lettland heute genannt wird, hat mit der größten Selbstständigkeit und ohne je über seine eigene Vergangenheit zu stolpern, den bürgerlichen Rook eines Parteiführers alter Schule mit der Loge eines neuzeitlichen Diktators nach römischem Vorbild verkauft, die ihm nie angemessen zu sitzen schint. Diese neuerliche Staatskammer hat sich selbst mit der Loge, die ihm ein ähnliches Schicksal aufgebieten hat, keine nicht vererblichen beizugehen Unbefangenheit ab, ja er hat höchlich für die Veten, und außerdem diese auch vor versammeltem Volke. Zu Beginn des Oktobers sagte Päts anlässlich eines Empfanges politischer Persönlichkeiten: „Bisher hat das Parlament die alleinige Macht im Staat gehabt, jetzt hat sie das Staatsoberhaupt. So wohl das eine, als auch das andere ist ein Übel. Es ist notwendig, einen Mittelweg zu finden, um die beiden Gewalten ins Gleichgewicht zu bringen.“ Die Worte des estländischen Staatspräsidenten dienten als Einleitung zu einer Regierungserklärung, in der erklärt wird, daß die Frage der estländischen Staatserfassung durch die Volksabstimmung vom Oktober vorigen Jahres keineswegs als endgültig entschieden anzusehen sei, sondern erst nach der Entscheidung harre. Die Regierung würde sich der Pflicht nicht entziehen, eine wirklich angemessene estländische Staatserfassung Wirklichkeit werden zu lassen. Die demo-

kräftigste Grundeinstellung des ersten Volkes würde von keiner Seite in Zweifel gezogen. Dieser Stellung könne Rechnung getragen werden nur durch eine Verfassung, die einen Mittelweg darstelle zwischen dem alten nationalen System und in einigen Ländern Europas heute bestehenden neuen politischen Formen.

Der Regierungserklärung ist eine Zeit bedingter politischer Erziehung vorausgegangen. Monate hindurch bildete die Frage der Zukunft des Landes Gegenstand immer heftiger wachsender Diskussionen in der Presse, dem einzigen Organ politischer Meinungsbildung, nachdem die Tätigkeit sämtlicher politischer Parteien unterbunden war. Allen diesen Erörterungen, allen Rätefraktionen über die endgültigen Regierungsabsichten und Pläne hatten die Mandatgeber bisher eine strenge Zurückhaltung entgegengebracht. Erst endlich ist die Karte aus dem Saak. Das Gli des Landes ist gegeben. Es heißt Mittelweg. Es heißt im Oben der Menschheit nobilitäts- und althergebrachte goldene Staatsstraße, diesmal zwischen Parlamentsdemokratie und Diktatur. Die autoritären Kräfte sollen fort werden und die parlamentarischen Kammern heil bleiben. Als Ergebnis wird dem Volke ein Sulten in Aussicht gestellt, das nach Wilsch seiner Urheber ein ideales Gleichgewicht zwischen Volkssouveränität und Führungsprinzip darstellen soll. Auf die in der Presse erhobene Frage, auf welche Parteien oder Schichten des Volkes die Regierung sich bei der Durchführung ihrer Pläne stützen wolle, antwortete der Staatspräsident, er betrachte die Gesamtheit der wohlhabenden Staatsbürger als die sicherste Stütze seiner Politik. Parteien und sonstigen öffentlichen Parteien gelte Ausnahme, würde er in Zukunft nicht mehr bilden. Auf die Frage, wann die Regierung wieder Wahlen ausstreben und ihre Politik auf diesem Wege dem Urteil der Nation unterbreiten würde, erfolgte der Bescheid, daß daran erst gedacht werden könnte, wenn die erregten Gemüter sich beruhigt haben werden und das Volk durch das fortschreitende Reformwerk der Regierung im rechten Sinne beeinflusst und erogen sein werde.

Venor noch über die Pläne und Absichten der Regierung Páts durch solche Erklärungen völlige Klarheit geschaffen wurde, war bereits der erste Versuch gemacht worden, den Grundriß des Mittelweges in die politische Praxis umzusetzen. Aus der parlamentarischen Vergangenheit des Landes her, aus der Zeit vor dem Volksabstimmungslande der Freiheitskämpfer im Oktober 1933 gab es in Eiland eine Volksvertretung, die seit der Staatsumwälzung im März d. J. vollkommen ausgeschaltet war und verfassungsmäßig bereits im Frühjahr eine neu gewählten hätte weichen müssen. Das war nicht geschehen, weil Neuwahlen und überhaupt irgendeine Volksbefragung nicht in das Programm der Regierung Páts gehört. Solange die Gemüter sich noch nicht beruhigt haben. Die Volksvertretung war nun einmal da und befand sich dauernd in den Serien. Am 1. Oktober hätten die Volksboten zu ihrer öffentlichen verfassungsmäßigen Sitzung zusammenzutreten müssen. In Folge der Verhinderung durch die Regierung sind zu diesem verfassungsmäßigen Recht der Volksvertretung verhalten wurde. Es war somit der Zeitpunkt gekommen, wo gehandelt werden mußte. Nicht nur für die Regierungsmänner, sondern

auch für die Parlamentarier, sollte diese letzteren überhaupt noch jemals den Anspruch auf den letzten Rest an Volksachtung erheben wollten, der ihnen vielleicht noch geblieben war. Die Regierung ergriß den Ausweg, die Volksvertretung nicht in einer öffentlichen Sitzung am vorgeschriebenen Termin (sondern drei Tage vorher) in einer ausserordentlichen Sitzung zusammenzubekommen, und zwar lediglich zur Entgegennahme einer Regierungserklärung mit nachfolgender Aussprache. Begründet wurde diese Maßnahme durch die Absicht, dem Parlament die Gelegenheit zu geben, seine Arbeitsfähigkeit im Rahmen des Erneuerungserwerkes der Regierung unter Beweis zu stellen. Die Volksvertreter erwießen sich indessen bereits zu Beginn der Sitzung als so weit widerprüffig, daß sie einen der Regierung nicht genehmen Abgeordneten auf den erledigten Präsidentenposten der Staatsversammlung wählten. Dieser Maßnahme folgten nicht der einzige Schritt. An der Regierungserklärung wurde heftige Kritik geübt, die so weit ging, daß Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit einzelner Regierungsmaßnahmen laut wurden. Es erwies sich, daß von den Parlamentsfraktionen nur der Bund der Landwirte die Regierung bedingungslos zu stützen bereit war, und daß ferner die Marxisten — auch ein Zeichen für die Verkrüppelung der politischen Lage — das Regime Páts tolerieren würden. Die übrigen großen Fraktionen sagten der Regierung scharfen Kampf an, so daß die Regierungsgegner die sichere Mehrheit hatten. Weitere Ereignisse blieben aus, da die Parlamentstagung vom Staatspräsidenten geschlossen wurde, bevor es zu irgendeiner Beschlußfassung kommen konnte. Die Volksvertreter fügten sich verfassungsmäßig dem Auflosungsbescheid des Staatspräsidenten. Sie gingen nicht zu dem Versuch über, die Serien, ohne auch diesmal den geringsten Versuch zu machen, für ihre Rechte den Kampf aufzunehmen.

Der erste Versuch der Zusammenarbeit zwischen autoritärer Staatsgewalt und Volksvertretung ist völlig schiefgegangen. Aber der goldene Mittelweg überhaupt jemals mit Erfolg beschritten werden wird, soll die Zukunft zeigen. Und zwar eine recht ferne Zukunft. Denn vorläufig werden Volksaktionen nicht stattfinden, das Volk, auf dessen Gesamtheit die Regierung sich ihren eigenen Worten nach stützen will, wird nicht befragt werden, ob es seinerseits diese Regierung wolle oder vielmehr nicht einer ganz anderen Führung mehr Vertrauen schenken möchte. Im Verlaufe ist die Scheu vor einer Befragung des Volkes nicht minder groß, als in Eiland. Beide Staaten könnten damit ihrer heutigen politischen Struktur nach am ehesten mit Österreich verglichen werden, nicht aber mit Staaten, in denen der vom Volke getragene Erneuerungsgedanke Staatsformend geworden ist. Gleichwie in Österreich marschiert hier nicht ein innerlich geeintes und erstarktes Volk unter den Selbsteigen eines neuen Seftes in eine lichtere Zukunft, sondern das erzwungene Volk wird von Mandatgebern, die dieses Volk noch nicht gespürt haben, am Aufbruch gewaltsam gehindert. Das heißt Mandatgeber Regimen, aber die Mehrheit ist jedem ein Volkserwerb, die in diesem das neue Seftes kämpft. So wird auch der Mittelweg des österreichischen Staatspräsidenten Páts kein Weg sein, der ins Freie führt. Rhs.

Buchbesprechungen.

Wirtschaft und Staat im südeuropäischen Raum 1908—1914. Eine Bearbeitung nach den amtlichen Akten des Wiener Außenministeriums. Von Gottfried Hobus. Heft 20 der Schriften der Deutschen Akademie. Verlag von Ernst Reinhardt, München 1934. 206 Seiten. Preis, 4,80 RM. — Das vorliegende Buch gibt auf Grund genauer Aktenstudien eine Darstellung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der südeuropäischen Staaten zu den Balkanländern von der Annexion Bosniens und der Herzegovina an bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Die Verdrängungen der Monarchie, ihren Einfluß auf die Balkanländer auszuweisen, werden im einzelnen verfolgt. Wenn diesen Verdrängungen schließlich der Erfolg versagt geblieben ist, so hat das daran gelegen, daß die gemeinsamen wirtschaftlichen Politik Wiens gerade in der serbischen Frage immer wieder von der einzelnen, unabhängigen Staatsidee Wadupates behindert wurde und daß die Monarchie nicht mehr stark genug war, ihre Absichten auf dem Balkan mit dem Einfluß politischer Wirtschaftsmittel zu verfolgen. Man hat unter diesen Umständen — in an sich richtiger Erkenntnis der raumpolitischen Gegebenheiten — fast ausschließlich mit wirtschaftlichen Mitteln zu arbeiten versucht und auf dem Balkan stets nur wirtschaftliche Ziele anbahnt. Über die wirtschaftlichen Profilinen der Monarchie, die in der Hauptlage nach Saloniki ausgedrückt waren, wurden immer wieder und in immer härterem Maße von den machtpolitischen Profilinen der anderen Staaten, insbesondere Rußlands, durchkreuzt und abgeregelt. Vor dem politischen Mandatgeber der anderen hat Wien immer wieder von neuem zurückweichen müssen. Das große Salsburgreich nur wirtschaftlichen Beziehungen der südeuropäischen Staaten zu den machtpolitischen bekennenden Staatsvolk geführten Serbien, welches sich auf Erfolg auftraten zu können. Es ist interessant, anhand des vorliegenden Buches zu verfolgen, wie die beiden Wiener Außenminister des in Frage stehenden Zeitabschnittes, Wernher und Werchold, bis zum letzten Augenblick den aussichtslosen Versuch unternahmen, in einem mehr und mehr machtpolitischen Tendenzen

beherrschten Raume mit wirtschaftlichen Mitteln zum Ziel zu gelangen. Daß der Verfasser die Gegensätze zwischen Raum und Macht, zwischen Wirtschaft und Politik scharf herausgearbeitet und nicht nur das sichtbare Handeln, sondern anhand der Akten auch die Absichten und Zielgedanken Abrentments und Berichtslos hat herausgestellt hat, macht seine Unterfuchung der österreichischen Balkanpolitik zu einem wertvollen politischen Lehrbuch. Dr. R.

Schöpfer des Offens. Von Dora-Elionore Behrend. Verlag Gröfe und Ullmer, Königsberg i. Pr. 87 Seiten mit 11 Abbildungen. Kart. 2.— RM., Leinen 3.— RM. — Durch ein offsprößliches Schöpfer führt die Verflechtung der Natur, nicht durch die bekanntesten Schöpfer des Bereiches des Offens, sondern durch die flachen Danks-Sinkenstein, Schlobitten, Schünberg, Gorden, Wundlaken, Begunnen u. a. Ein Blick auf die Geschichte der Schöpfer, ein verständnisvolles Herausarbeiten der Wessensart der Geschlechter, die den Räumen ihrer Eigenart gegeben haben, ein Hinweis auf Namen, die in der Geschichte Preußens einen guten Klang besitzen, ergötzt durch gute Bilder, machen mit einem Wohlstand der offsprößlichen Landchaft vertraut, der noch weniger bekannt, aber doch einer der wesentlichsten in der Entwicklung des Landes gewesen ist. Dr. v.

Neue Zeitschrift für Ostred. Die eingegangene „Zeitschrift Ostred“, deren Mitarbeiterkreis der Zeit nicht mehr entspricht, eine Fortsetzung in der „Zeitschrift für osteuropäische Recht“ gefunden, die als Monatschrift im Verlag von Carl Schuman in Berlin erscheint. Sie wird im Auftrage des Breslauer ausposa-Journals von Prof. Dr. H. Ullrich und von Statistiker Dr. Ströberer von Sreagab, Doria und Doria von herausgegeben die Schriftleitung hat Dr. Marraoh (Breslau).

Januarnachrichten.

Gelehrten: Wilhelmplatz 1. R. Karl Götze in Eignig, Die Straße 36, aus dem Reich in Bromberg, am 29. 10. 34.

Verlag: Bund Deutscher Osten G. V. Berlin W 30, Wollstraße 45 — Fernruf: B 5 Barbarossa 0914 — Postfachkonto: Berlin 658
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kretsch, Berlin-Griedenau — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin 320. — 3. v.